

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

78. Sitzung
9. September 2020

Beginn: 12.21 Uhr
Schluss: 16.47 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD), zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen der Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass zu TOP 1 eine Empfehlung für ein Vermögensgeschäft rote Nr. 3102 und zu TOP 12 ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen rote Nr. 3059 A vorlägen.

Der **Ausschuss** stimmt den Änderungen und Ergänzungen in der Mitteilung zur Einladung zu.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, den Bericht rote Nr. 2667 B unter IV. von der Konsensliste zu nehmen und zur Erledigung an den UA Bezirke zu überweisen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Vorsitzende Franziska Becker erklärt, zur Liste der Vertagungsanträge lägen zu TOP 53 und 65 noch Vertagungswünsche der CDU-Fraktion vor.

Der **Ausschuss** stimmt den Vertagungsanträgen zu und stellt die Tagesordnung mit den Änderungen und Ergänzungen fest.

Vorsitzende Franziska Becker verweist auf die vorliegende Liste zur Behandlung der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung.

Christian Goiny (CDU) bittet darum, dass zu TOP 38 ebenfalls schriftliche Fragen nachgereicht werden könnten.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) wünscht Behandlung von TOP 3 mit Aussprache.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen
des Unterausschusses Vermögensverwaltung
zu Vorlagen – zur Beschlussfassung –
gemäß § 38 GO Abghs**

hierzu:

Empfehlung des UA VermV 09.09.2020
Vermögensgeschäft Nr. 17/2020
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte

[3102](#)
Haupt

Andreas Statzkowski (CDU) berichtet in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Unterausschusses, dass in der heutigen Sitzung dem o. g. Vermögensgeschäft zugestimmt worden sei.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Nr. 17/2020 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte – in der Fassung der Empfehlung des UA VermV rote Nr. 3102 zu empfehlen und diese dringlich einzubringen.

- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung
des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu
Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8
i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegt keine Empfehlung vor.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht SenFin – I D – vom 20.08.2020

[3052](#)

**Abrechnung von Anmietungs- und
Flächenoptimierungsprojekten im Sondervermögen
Immobilien des Landes Berlin (SILB) zum
31.12.2019**

Haupt

- 1. Kenntnisnahme der Abrechnung**
- 2. Zustimmung zur Verwendung der Rücklagen**

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob die Projekte die Rücklagenthemen aus dem SILB komplett erfassten oder es darüber hinaus weitere Rücklagenprojekte gebe. Die Abrechnung sei erst mal eine gute Bilanz; schön sei, dass das, was übrig geblieben sei, für die HWR verwendet werden solle. Er frage, wie die Priorisierung stattgefunden habe, ob der Erweiterungsbedarf von ungefähr 60 Seminarräumen mit den Rücklagen zu bewältigen sei, wie diese Investitionen ggf. zu finanzieren wären und wofür die Rücklagen genau verwendet werden sollten.

Sibylle Meister (FDP) konstatiert, dass Baumaßnahmen im SILB immer unter dem Planansatz und andere Baumaßnahmen immer über dem Planansatz lägen, sodass sie ja fast empfehlen würde, alles über SILB zu planen. Die Differenz führe zur Rücklagenbildung. In ihren Augen würden nur Opportunitätskosten angesetzt; es sei nicht wirklich Geld übrig geblieben. Man hätte es auch teurer machen können. Sie bitte, den Rechengvorgang zu erläutern.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) betont, dass in dem Bereich sehr gut gearbeitet und geplant werde, sodass am Ende des Planungsprozesses etwas übrig bleibe. Die 1,75 Mio. Euro seien die Differenz zwischen der genehmigten und der tatsächlich bestätigten Rücklage. Bei der Analyse der Objekte sei es wichtig, dass man nicht irgendetwas nehme. Mit den Volumina werde ein Signal gesendet, dass man an der Stelle ein Stück weit vorankomme.

Sven Lemiss (BIM) ergänzt, grundsätzlich handele es sich bei dem Gebäude um das letzte ungenutzter und unsanierte am Standort. Es existiere akuter Bedarf der HWR an Seminarräumen. Die genannte Gesamtzahl sei eine Aussage der HWR, die nicht bestätigt oder genehmigt sei. Eventuell könne dieses eine Bestandsgebäude aus Bordmitteln dafür hergerichtet werden. Die Vorlage enthalte sämtliche Projekte, die im Jahr 2019 endabgerechnet worden seien. Weitere würden folgen, die derzeit in der Planung, in der Umsetzung bzw. im Abschluss seien. Es seien relativ alte dabei, was an rechtlichen Auseinandersetzungen o. Ä. liege, die beendet seien. Zu den Kosten verweise er auf S. 12/13 der Vorlage; man sei jeweils im Kostenrahmen und habe keine großen Abweichungen. 27,9 Mio. Euro seien genehmigte Rücklagen, 26,4 Mio. Euro würden tatsächlich benötigt, sodass man auf 1,5 Mio. Euro komme. Grundsätzlich werde eine Grundlagenermittlung und Einpassungsplanung mit dem jeweiligen Nutzer erstellt, dann flössen diese Kosten in die Wirtschaftlichkeitsberechnung ein. Im Übrigen betreffe diese Baumaßnahme Zeiten, als der Anstieg der Baupreise noch nicht derart wie jetzt zu verzeichnen gewesen sei. Die nächste Vorlage werde voraussichtlich Mehrkosten aufweisen.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, dass zwischen Haushaltsveranschlagung und Rücklagenbildung schon allein zeitlich ein Unterschied sei. Man mache alle zwei Jahre eine Veranschlagung, sodass die Prognose näher an der Maßnahme sei.

Der **Ausschuss** stimmt dem Bericht rote Nr. 3052 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – IV SPM – vom 21.08.2020
**Beauftragung einer Beratungsdienstleistung zur
Unterstützung des Projektes Serviceorientiertes
Personalmanagement (SPM)
hier: Zustimmung**
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3079](#)
Haupt

Stefanie Remlinger (GRÜNE) äußert, das IPV mit § 2 EGovG im Hintergrund zu modernisieren, sei ambitioniert, sinnvoll und spannend. Was sei mit Serviceorientiertem Personalmanagement gemeint? Bezögen sich die elf Szenarien auf verschiedene Verwaltungen oder verschiedene Umfänge des SPM? Wen brauche man in einem erweiterten Projektteam? Denn die Frage sei, ob die Verwaltungen in der Lage seien, Anforderungsportfolios für die Beauftragung von IT-Dienstleistungen zu formulieren. Seien Kompetenzen in den beteiligten Fachverwaltungen vorhanden, hätten sie ihre Geschäftsprozessoptimierungsmittel in den letzten Jahren abgerufen und die Personalmanagementprozesse identifiziert? Wie weit seien die großen Nutzer – LVwA, Polizei, Feuerwehr und Bildung? Damit Ihnen hätte man schon ungefähr drei Viertel der Beschäftigten dabei. Die Fragen zum Mittelabruf, Projektteam und den Kompetenzen in der Verwaltung könnten auch schriftlich beantwortet werden. Sie bitte um einen Vorschlag, in welcher Form das Vorhaben zeitlich weiter begleitet und ob in dieser Wahlperiode – vor Durchführung der Vergabe – noch ein Fortschrittsbericht vorgelegt werden könne.

Dr. Kristin Brinker (AfD) vertritt die Ansicht, dass viele IKT-Vorlagen inhaltlich gut klängen, aber Zeitschienen immer wieder gerissen würden. Der Auftrag teile sich in zwei Teile: eine umfangreiche Bestandsaufnahme und die Strukturierung des Ganzen. Angesetzt würden 199 Euro pro Stunde; allerdings sei eine Bestandsaufnahme nicht so teuer – realistisch wären 130 bis 140 Euro – wie die Zusammenfassung und Bewertung von Ergebnissen. Sei geplant, eine Struktur einzubauen, damit die Kosten nicht aus dem Ruder liefen? Werde bei der Bestandsaufnahme mit einem Einsparpotenzial kalkuliert?

Carsten Ubbelohde (AfD) erklärt, dass er Frau Abg. Remlinger im Wesentlichen zustimme. Bei dem ganzen Prozedere wäre es wichtig, Zwischenergebnisse zu erhalten, damit die Abgeordneten und auch die Bürger zutrauen in die Digitalisierung der Verwaltung erlangten. Er gehe davon aus, dass der Auftraggeber bei der Beauftragung von Beratungsdienstleistungen auch wisse, welche Anforderungen er an das Unternehmen stelle, und erwarte, dass die Verwaltung Kompetenz habe, den Beauftragungsaufwand klar zu beziffern und zu beschreiben.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) stellt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zur ersten Sitzung nach den Herbstferien in Aussicht, denn SenFin müsse mehrere Verwaltungen abfragen. Er begrüße, dass sich der Ausschuss mit der Struktur und den Inhalten befasse. Das IPV-System müsse gründlich renoviert und neu aufgestellt werden. Das Projekt sei für die Landesverwaltung einschließlich Bezirke wichtig. Bei den Ansätzen sei man nicht

frei, sondern bewege sich in den Rahmenverträgen des ITDZ. Die Ausschreibung solle rechts-sicher erarbeitet werden, damit Verzögerungen vermieden werden könnten. Bislang liege man voll im Zeitplan. Projektende sei Ende 2022.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass weitere Fragen eingereicht werden könnten, da es einen Folgebericht bis zum 28. Oktober 2020 geben werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3079 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2815

[3065](#)
Haupt

Bürohunde in den Senatsverwaltungen zulassen

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Plenum die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Bezirke

Punkt 5 der Tagesordnung

Schreiben BA Mitte – BzBm –
Bezirkliches Wirtschaftskonzept Mitte
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3082](#)
Haupt

Sibylle Meister (FDP) fragt, weshalb der Bezirk Unterstützung von einem externen Berater brauche. Zur Gewerbeflächensituation müsste bereits Datenmaterial vorhanden sein, und den künftigen Bedarf zu identifizieren, sei eher eine Frage der politischen Gestaltung.

Andreas Statzkowski (CDU) schließt die Frage an, was unter „negativen Entwicklungen“ zu verstehen sei und ob diese den gesamten Bezirk betreffen oder regional unterschiedlich seien.

Christian Goiny (CDU) bittet, den zeitlichen Fortschritt bei der Erstellung des Konzepts darzustellen und dieses nach Fertigstellung vorzulegen. Mit welchen Akteuren wolle der Bezirk zusammenarbeiten?

Carsten Ubbelohde (AfD) äußert, dass nicht genügend Daten vorhanden seien, da ein Kataster nicht existiere. Viele Gewerbetreibende litten unter den Coronamaßnahmen; es gebe einen starken Wandel. Welche Auswirkungen habe dies im Bezirk? Welche Maßnahmen wolle das Bezirksamt über Mietenbegrenzung hinaus ergreifen, um dem Flächenangebot und der Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, Vorschub zu leisten?

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (BA Mitte) sagt zu, das Gutachten nach Fertigstellung vorzulegen. Mit allen potenziellen Akteuren seien bereits zwei Workshops zur Zukunft der bezirklichen Wirtschaftsförderung durchgeführt worden. Die Datenlage sei relativ unsicher, sodass bessere Daten gefordert worden seien. Auch in anderen Bezirken werde moniert, dass ein klarer Kataster fehle. Der StEP Wirtschaft sei in Bezug auf kleine Flächen zu ungenau. Flächenbedarfe seien immer Momentaufnahmen. Grundsaterfassung und Aufbereitung statistischer Daten seien von der bezirklichen Wirtschaftsförderung nicht zu leisten, die in Coronazeiten andere Herausforderungen habe, z. B. Entscheidung über die Niederschlagung von Mieten, Insolvenzberatung, sodass der statistische Teil vergeben werden solle. Die freie Gestaltung von Gewerbemieten sei vielfach für eine verlässliche Gewerbeentwicklung schädlich; Hauptproblem sei oft nicht die Höhe, sondern die Kurzfristigkeit und der geringe Schutz für Gewerbemieter. Die Entwicklung im Bezirk sei unterschiedlich. Flächen in Richtung Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf würden nun stärker nachgefragt, wobei Gewerbetreibende mit größerem Flächenbedarf den Kürzeren zögen, weil man auch Mieter finde, die weniger Fläche brauchten und den gleichen Preis zahlten. Man versuche, kreative Lösungen zu finden. So sollten in eine Gewerbehalle im Soldiner Kiez eine Kita und ein nicht störender Gewerbebetrieb einziehen.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, ob es den angekündigten Gewerbeflächenkataster für ganz Berlin bereits gebe. Es könne nicht wahr sein, dass eine Datenlage nicht vorhanden sei.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) antwortet, es gebe eine grundsätzliche Erhebung der Grundstücke im Land Berlin in verschiedensten Bereichen. Darüber hinaus sei jeder Bezirk und jede Senatsverwaltung verpflichtet, die entsprechenden Datenbanken sauber zu halten, was in der Vergangenheit ein Problem gewesen sei. Beim Clusterungsprozess der Liegenschaften sei die Kenntnis unterschiedlich gewesen; bei einigen habe es bis zu einem vollständigen Überblick etwas länger gedauert. Ende letzten Jahres sei die Bezirkliste vorgelegt worden. Ihm sei nicht bekannt, welche Grundstücke abhandengekommen sein sollten.

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (BA Mitte) wirft ein, dass der StEP Gewerbe Grundstücke erst ab einer gewissen Größe enthalte, was für einen hochverdichteten Innenstadtbezirk mit vielen Kleinstflächen nicht ausreiche. Der Bezirk wolle mit dem Gutachten ins Detail gehen.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) erklärt, der StEP ziehe grobe Linien und rechne nicht jede Minifläche hinein. Zur Größenordnung verweise er auf die entsprechende Fachverwaltung.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt klar, dass er nicht den StEP meine, sondern ein öffentliches Register, das online auch Investoren zur Verfügung stehe.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) verweist auf den Clusterungsprozess und die neue Liegenschaftspolitik. Vor 2016 bzw. 2011 habe es eher die Tendenz gegeben zu verkaufen, während man nun eher ankaufe und verwerte. So brauche man z. B. für BVG-Betriebshöfe größere Flächen in Schienennähe bzw. mit gutem Verkehrsanschluss. Es sei nicht sinnvoll, alle vorhandenen Flächen irgendwo einzustellen; die Flächen, die man nicht mehr brauche, würden nach seiner Kenntnis auch öffentlich dargestellt und verwertet. Er verweise auf Vermögensgeschäfte mit privaten Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften u. Ä.

Sibylle Meister (FDP) geht davon aus, dass es dem Bezirk nicht nur um die landeseigenen, sondern um alle Gewerbeflächen gehe.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3082 wie beantragt zu, nimmt den Bericht zur Kenntnis und erwartet die Vorlage des Gutachtens nach Fertigstellung.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Treptow-Köpenick –
BzBm – vom 17.08.2020
**Errichtung von Interimsstandorten auf
Schulgrundstücken 12587 Berlin, Bruno-Wille-Str.
37/39**
**1. Zustimmung zum Abschluss eines Vertrages zur
Anmietung**
**2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen, außerplanmäßigen
Ausgaben und außerplanmäßigen
Verpflichtungsermächtigungen zuzustimmen**
gemäß Auflage A. 1 und A. 2 – Drucksache 18/2400
zum Haushalt 2020/21

[3053](#)
Haupt

Sibylle Meister (FDP) erklärt, dass ihre Fraktion am letztendlichen Standort der Container vor Ort noch einmal auf Bezirksebene teilhaben wolle, aber auch die Dringlichkeit der Vorlage sehe, die passieren könne, damit der Interimsstandort vorankomme.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick) stellt klar, es gehe nicht um den Standort der Container, strittig seien der HOMEb – MEB in Holzmodulbauweise –, der aber nicht Teil der Vorlage sei, und sein Verhältnis zum Denkmal Gerhart-Hauptmann-Schule. Die Interimscontainer würden so an den Rand versetzt, dass es aus der Denkmalperspektive keine Probleme gebe. Vielmehr ergebe sich eine Verbesserung, da die mobilen Unterrichtsräume aus den Neunzigerjahren, die den Blick auf das Denkmal Gerhart-Hauptmann-Schule unschön verstellten, abgerissen würden. Wer der Vorlage zustimme, stimme der Errichtung der Container an anderer Stelle zu und verbaue nicht das Denkmal Gerhart-Hauptmann-Schule. Wunsch der FDP sei, über den Standort des HOMEb zu reden, was an anderer Stelle erfolgen könne. Hierzu gebe es eine Einigung zwischen der unteren Denkmalbehörde und dem Schulamt; die Gebäudeflucht solle aufgenommen und das Denkmal nicht verstellt werden.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt, ob im MEB Klassenraumtrakte oder auch Mensa, Lehrerzimmer o. Ä. vorgesehen seien.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick) antwortet, es gehe darum, die Plätze für die Müggelsee-Grundschule zu erweitern. Im HOMEb würden zusätzliche Klassenräume errichtet. Ob auch eine Mensa bzw. Gemeinschaftsräume dabei sein sollten, könne er im Moment nicht sagen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3053 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 7 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – I C (V) – vom 03.08.2020
**Perspektivische Entwicklung der Deutschen Film-
und Fernsehakademie (DFFB)**
(Berichtsauftrag aus der 60. Sitzung vom 01.11.2019)
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 vertagt)

[3034](#)
Haupt

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – II A 2 – vom 16.07.2020
Neuausrichtung Stadtportal Berlin.de
(Berichtsauftrag aus der 65. Sitzung vom 27.11.2019)
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 vertagt)

[2884 A](#)
Haupt

Hinweis: Die Bitte um Fristverlängerung [2884](#) hat sich durch die Vorlage des Berichts [2884 A](#) erledigt.

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass die Fraktionen die Möglichkeit schriftlicher Nachfragen vereinbart hätten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2884 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – II A 22 – vom 10.06.2020
**Reservierungen von .berlin-Domains / Einnahmen
des Landes**
(Berichtsaufträge aus der 71. Sitzung vom 11.03.2020)
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 vertagt)

[2598 B](#)
Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt, der Vorgang sei ärgerlich, weil die Einnahmeerwartung nicht eingetreten sei. Gebe es in der Haushaltswirtschaft einen entsprechenden Sperrvermerk, ggf. wo? Es dürfe nicht zur Praxis werden, dass Einnahmeerwartungen über Gebühr etatisiert, aber offensichtlich erwartbar nicht eingehalten würden.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung des Nachtragshaushalts wünsche und die Einnahmeerwartung von vornherein für unrealistisch gehalten habe. Unrealistische Ansätze sollten nicht etatisiert werden. Möglicherweise könnten mehr Einnahmen generiert werden, wenn das Land offensiv für die Nutzung der Domain würde und sie selbst stärker nutzte. Für Berlin wäre es eine Chance, wie andere Weltstädte mit einer eigenen Top-Level-Domain zu werben. Der Senat habe versucht, Geld daraus zu ziehen, statt dies als Imagewerbung für die Stadt zu nutzen.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS) verweist auf die Beschlussfassung des Parlaments in den Haushaltsberatungen. Bei solchen Einnahmeerwartungen bestehe immer ein Risiko. Da es in diesem Jahr coronabedingt weniger Ausgaben gebe, wirke sich dies in der Gesamtbilanz nicht so negativ aus. SenFin habe durch PMA u. Ä. schon einiges abverlangt. Er verstehe den Unmut; in den nächsten Haushaltsberatungen müsse man stringenter daran arbeiten. Grundsätzlich bestehe die Schwierigkeit, dass die Adressen der Berliner Verwaltung gemäß EGovG über Berlin.de und nicht über .berlin laufen sollten. Ansonsten sei eine Vermarktung möglich, aber nicht offensiv beliebig vorantreibbar. Die Möglichkeiten, gesperrte Adressen freizugeben und zu vermarkten, seien begrenzt.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, dass die bisherige Einnahmeentwicklung nicht unbedingt für die Einnahmeerwartung gesprochen, der Senat diese aber in den Beratungen bestätigt habe. Insofern habe seine Fraktion recht behalten, ohne dies zu wollen. Er frage nach der PMA. – [Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Das war eine Aufzählung!]

Christian Goiny (CDU) äußert, da es wegen Corona weniger Ausgaben gebe, mache es nach Aussage des Staatssekretärs nichts, wenn man weniger Einnahmen habe; im Rahmen des Nachtragshaushalts werde man dies noch einmal erörtern. Die Idee, mehr Einnahmen zu erzielen, sei aus der Senatskanzlei gekommen, nicht aus dem Fachausschuss. Schon damals sei klar gewesen, dass dies nicht stimme. In anderen Städten gebe es eine enge Kooperation zwischen der Stadt und der Initiative, die die Top-Level-Domain mache, und diese werde als Marketingtool genutzt. Die Senatskanzlei sehe dies nur als Cashcow und versuche, so viel Geld auszupressen, dass das Unternehmen fast an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gerate. Natürlich könne man hier viel mehr machen, und es gebe auch Interesse daran, Domains zu nutzen. Das Berlin.de genutzt werden müsse, sei Unsinn und sollte erläutert werden, denn man könne Domains umleiten. Die Senatskanzlei wolle dies politisch nicht und generiere Mindereinnahmen. Auch mit Corona habe dies nichts zu tun; wenn etwas funktioniere, dann das Internet. Notwendig sei eine Kehrtwende, damit die Chance für die Stadt genutzt werde.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS) stellt klar, dass es coronabedingt nicht weniger Einnahmen aus dem Internet gebe, sondern insgesamt weniger Ausgaben, sodass die Mindereinnahme nicht so ins Gewicht falle. Offensichtlich gebe es unterschiedliche Einschätzungen, in welchem Maße man durch die Vermarktung und Nutzung von .berlin-Domains Einnahmen erzielen könne. Inwieweit dies durch eine stärkere Nutzung seitens der Verwaltung erreicht werden könne, müsse man noch einmal prüfen. Das Thema stelle sich nicht so einfach dar. Er verweise auf die Liste der gesperrten Adressen, die aus verschiedenen Gründen nicht freigegeben werden könnten. Davon 200 freizugeben, würde das Ganze wahrscheinlich nicht retten. Er sehe hier nicht so große Potenziale wie ursprünglich geschätzt. Gleichwohl werde die Senatskanzlei mit dem Kooperationspartner noch einmal in Gespräche eintreten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2598 B zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Bericht bis zur Sitzung am 28. Oktober 2020.

Punkt 10 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – III B 4 – vom 26.06.2020
Zuschüsse für besondere touristische Projekte
gemäß Auflage A. 20 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 vertagt)

[1370 I](#)
Haupt

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt, wann über das Ergebnis der Prüfung, welche Maßnahmen zur Wiederbelebung des Tourismus finanziert werden könnten, berichtet werden könne.

Christian Goiny (CDU) schließt die Fragen an, wie viel in dem Titel noch da sei und welche konkreten Planungen es gebe, denn der Wiederanschub des Tourismus sei ein wichtiges Thema, um Einnahmen für die Stadt zu generieren. Er bitte um einen aktuellen Überblick zur zweiten Lesung des Nachtragshaushalts.

Sibylle Meister (FDP) greift auf, dass ein Großteil der Mittel in den Rettungsschirm Sport fließen solle. Fließe der Rest dann in den Kulturbereich bzw. was passiere mit ihm?

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS) schildert, der Fonds sei jeweils zur Hälfte für Sport und Tourismus. Die Senatskanzlei habe den Sportteil an SenInnDS übergeben. Für den Tourismus gebe es bisher keine konkreten Projekte, sondern noch Gespräche mit SenWiEnBe, „visit Berlin“ und DEHOGA. Die Mittel seien dafür reserviert. Der Kulturbereich habe seinen eigenen Fonds. Er sage einen Bericht zur zweiten Lesung des Nachtragshaushalts zu.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1370 I zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Bericht bis zur Sitzung am 28. Oktober 2020.

Punkt 11 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – VII P 3 – vom 24.07.2020
**Beauftragung einer Beratungsdienstleistung zur
Vergabe eines Auftrags für eine demoskopische
Untersuchung im Rahmen der BerlinStrategie**
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 vertagt)

[3045](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3045 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/2869

**Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-
Pandemie im Bereich des Hochschulrechts**

[3059](#)

Haupt

WissForsch

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

[3059 A](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu und beschließt sodann, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – mit den beschlossenen Änderungen zu empfehlen und diese dringlich einzubringen.

Inneres und Sport – 05

Punkt 13 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – III A 21 – vom 10.07.2020

Stroke-Einsatz-Mobile

(Berichtsauftrag aus der 66. Sitzung vom 29.11.2019)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[2877 A](#)

Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) begrüßt diese Initiative; der Einsatz solcher Einrichtungen sei geboten und zeitgemäß, die Finanzierung über die gesetzliche Krankenversicherung allerdings bemerkenswert. Seine Fraktion könne nachvollziehen, dass diese dies kritisch sehe. Wie werde mit dieser Kritik umgegangen? Warum würden die Mittel nicht im Haushalt etatisiert?

Christian Goiny (CDU) knüpft an, dass es sich um eine wichtige Einrichtung für den Forschungsstandort Berlin handele. Er kündige schriftliche Fragen im Nachgang an, da seine Fraktion Wert auf eine schriftliche Beantwortung im November/Dezember 2020 lege.

Benedikt Lux (GRÜNE) schließt sich der Bitte um einen Folgebericht an. Die Frage sei, ob die angekündigte Evaluation abgewartet und einbezogen werde. Er erkundige sich nach dem Verbleib der Anlagen. Da drei oder vier Fahrzeuge nicht flächendeckend aktiv sein könnten, sei der Sinn noch fraglich. Die Kosten würden von den Krankenkassen nur unter Vorbehalt übernommen. Gebe es Verhandlungen, die Mobile in anderen Einzelplänen zu etatisieren?

Christian Goiny (CDU) weist darauf hin, dass die Anzahl der Fahrzeuge nach Auskunft der Innenverwaltung in der letzten Wahlperiode für das ganze Stadtgebiet ausreichend sei. Habe sich dies bewährt, oder würden weitere Fahrzeuge benötigt? Die bisherigen Erkenntnisse könnten in den Folgebericht aufgenommen werden.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) sagt zu, die vollständige Unterlage noch einmal zu übermitteln. Der Verbleib der Anlagen sei nicht erklärlich. Die wesentlichen Ergebnisse fänden sich auch im Bericht. Erfahrungen und Gesamtabdeckung würden im Folgebericht dargestellt. Die Frage nach einem geänderten Finanzierungskonzept könne sie nicht im Vorgriff auf die Beratungen des Senats für den nächsten Doppelhaushalt beantworten. Man blicke mit Spannung auf die Evaluation. Der Senat sei der Auffassung, dass eine Abrechnung der Krankenkassen erfolgen müsste, weil es sich um ein Rettungsmittel handele, was aber strittig sei. Zum Ausgang juristischer Fragen könne sie im Moment nicht Stellung nehmen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2877 A zur Kenntnis und erwartet einen Folgebericht bis zur Sitzung am 2. Dezember 2020.

Punkt 14 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – III B 23 – vom 28.04.2020

Fahrraddiebstahl

(Berichtsauftrag aus der 62. Sitzung vom 08.11.2019)

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[2861](#)

Haupt

Benedikt Lux (GRÜNE) äußert Dank für die Begründung, weshalb eine individuelle Kennzeichnung von Fahrrädern wenig sinnvoll sei. Bei 3 Mio. Fahrrädern sei eine persönliche Zuordnung kaum möglich. Er wünsche mehr Zahlen und Fakten zur Prävention und Strafverfolgung. Es gebe Projekte wie GPS-Sicherung und -Nachverfolgung und Möglichkeiten, Fehler präventiv ausfindig zu machen. Daher bitte er um einen Folgebericht im ersten Quartal 2021.

Christian Goiny (CDU) schließt sich dem an, da Zahlen und konkrete Informationen fehlten. Insofern sei offenbar nicht viel geschehen. Was sei wo wie konkret passiert? Welche Veränderungen habe es in den letzten Jahren gegeben? GPS-Tracking erlaube auch eine Nachverfolgung von Fahrerflucht, denn Radfahrer seien bei Verkehrsunfällen nicht nur Opfer. Gegen Unfallflucht müsse perspektivisch etwas unternommen werden.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) sagt zu, Zahlen, Daten und Fakten im Folgebericht nachzuliefern. Im Projekt GPS und Nachverfolgung sei die Polizei Partner, sodass der Transfer gewährleistet sei.

Torsten Hofer (SPD) vertritt die Ansicht, dass Diebstähle vor Bahnhöfen besonders ärgerlich seien. Inwiefern beabsichtige der Senat ein Modellvorhaben zur Videoüberwachung von Fahrradabstellanlagen vor Bahnhöfen, um Fahrraddiebstähle einzudämmen? Denn die Aufklärungsquote liege bei null. Was würde ein solches Modellvorhaben kosten?

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) stellt schriftliche Beantwortung in Aussicht.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2861 zur Kenntnis und erwartet einen Folgebericht im ersten Halbjahr 2021.

Punkt 15 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – III C 2 –

Umzug der Berliner Feuerwehr und

Rettungsakademie (BFRA) nach Tegel

(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)

(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur

Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[2838 A](#)

Haupt

Christian Goiny (CDU) fragt, inwieweit dieses Projekt in der Investitionsplanung berücksichtigt werde und was die Feuerwehr in der Zwischenzeit mache, denn die Kapazitäten für Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung an den bisherigen Standorten seien am Limit.

Sibylle Meister (FDP) verweist darauf, dass für 2021 eine VE im Haushalt stehe, sodass sich die Frage stelle, ob noch etwas an der alten Feuerwache gemacht werde.

Frank-Christian Hansel (AfD) erklärt, dass der Flughafen Tegel weiterhin gebraucht werde, sodass seine Fraktion alle Folgenutzungen ablehnen werde. Was mache der Senat, wenn der BER aufgrund Insolvenz oder anderer Probleme nicht eröffnen könne?

Christian Hochgrebe (SPD) erwidert, dass dies jenseits des Themas BFRA liege. Er gehe davon aus, dass die Ausbildung an den bisherigen Standorten bis 2027 gesichert sei, und bitte, in einem Folgebericht darzustellen, welche Maßnahmen noch an den bestehenden Standorten durchgeführt würden.

Frank-Christian Hansel (AfD) macht geltend, dass die Verlagerung zur UTR geplant sei. Im Übrigen sei es ein Fehler gewesen, Tempelhof ohne Nutzungsänderung zu schließen. Beuth-Hochschule und BFRA könnten nach Tempelhof gehen.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) betont, dass sie sich auf Ausführungen zur BFRA beschränke. Die ursprünglich angedachte Containerlösung wäre nicht wirtschaftlich und könnte erst in drei bis vier Jahren fertig werden. Daher erfolge nun in der Nähe eines bestehenden Standortes eine Anmietung, mit der die Ausbildung für eine Übergangszeit sichergestellt werden könnte. Im Folgebericht werde SenInnDS dies genauer darstellen.

Der **Ausschuss** nimmt dem Bericht rote Nr. 2838 A zur Kenntnis und erwartet einen Folgebericht bis zur Sitzung am 2. Dezember 2020.

Punkt 16 der Tagesordnung

Schreiben SenInnDS vom 03.08.2020

[3042](#)

**Buchungsmäßige Umsetzung der 2. SIWA-Revision
im Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden
Stadt**

Haupt

**hier: Deckungskreis 48 – Digitalisierung der Berliner
Verwaltung**

**Titel 84029 Beschleunigung der Digitalisierung der
Berliner Verwaltung (Teil II)**

**Korrektur des Buchungsbetrages im Rahmen der
2. SIWA-Revision zu Lasten der Verstärkungs-
reserve**

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3042 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt dem Bericht zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – VB3 Ri – vom 09.06.2020

[2817 A](#)

**Sachstand zur Umsatzsteuerpflicht der
Dienstleistungen des ITDZ-Berlin**

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 56. Sitzung vom 25.09.2019)

(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

Sibylle Meister (FDP) fragt, ob mit dem ITDZ nur noch öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen würden, weil privatrechtliche Verträge umsatzsteuerpflichtig wären, und ob bereits alle Verträge umgestellt seien oder noch Umsatzsteuerzahlungen anfielen.

Dr. Kristin Brinker (AfD) schließt die Frage an, ob quantifiziert werden könne, wie viele Verträge dies prozentual beträfe.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) legt dar, beim ITDZ seien privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Verträge vorzufinden, da es auch für andere tätig sei. Insgesamt gebe es eine vierstellige Anzahl von Verträgen und eine komplexe Lage. Man habe noch ein Jahr länger Zeit, um die Frage möglichst wenig haushaltsbelastend zu klären und eine Lösung zu finden, die in eine Gesetzesänderung zur Definition öffentlich-rechtlicher Verträge des ITDZ münden werde. Fachleute seien dabei auszuarbeiten, welche Leistungen des ITDZ nach dem dann geltenden Umsatzsteuerrecht steuerfrei gestellt werden könnten. Für einen Teil der Leistungen könne es zu einer Preissteigerung kommen, wenn die Definition nicht gelinge. Beim ITDZ gebe es Dienstleistungen, die auch von Privaten angeboten würden, sodass es sich nicht um einen Teil der Daseinsvorsorge handele, was das Thema komplex mache.

Sibylle Meister (FDP) erklärt, sie gehe davon aus, dass auch andere landeseigene Unternehmen oder Institutionen von dieser Problematik betroffen seien, und bitte, dies in einem Folgebericht darzustellen.

Dr. Kristin Brinker (AfD) schlägt vor, dass ein Folgebericht zum Sachstand im nächsten Jahr vorgelegt werde.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) sagt einen Folgebericht zur Jahresmitte zu. Richtig sei, dass dies für das ITDZ und diverse andere Landesunternehmen ein Problem darstelle. Das Land habe ein Interesse daran, den Status quo so lange wie möglich beizubehalten. Das Thema sei erst einmal bis Ende 2022 vertagt worden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2817 A zur Kenntnis und erwartet den Folgebericht bis zur Sitzung am 9. Juni 2021.

Punkt 18 der Tagesordnung

Schreiben SenInnDS vom 04.08.2020

**Auswertung von zu erhebenden Daten und
Erstellung eines Berichts für das Land Berlin im
Rahmen der „Evaluation des EGovG Bln“**

(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 22.04.2020)

m.d.B. um Fristverlängerung bis 31.03.2021

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[2765 A](#)

Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) führt aus, die Evaluation des E-Governmentgesetzes sei für diesen Sommer gesetzlich vorgesehen. Coronabedingt habe es Verzögerungen gegeben. Eine Fristverlängerung bis März erscheine sehr weit in der Zukunft. Da zum 21. Oktober 2020 etliche Berichtsaufträge im Rahmen IKT angefordert seien, zum Geschäftsmodell zur Preisgestaltung etc., werde ein Bericht gewünscht, wie konkret diese Evaluation erfolgen solle.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 2765 A mit der Bitte um Fristverlängerung mit der Maßgabe der Zuleitung eines Zwischenberichts rechtzeitig zum 28.10.2020 zuzustimmen.

Punkt 19 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS vom 07.08.2020

**Vorgehen zur Evaluierung, Mittelabruf für
Cybersicherheit, Hackathon**

gemäß Auflage B. 31 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 von der Konsensliste
genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am
09.09.2020 gesetzt)

[3047](#)

Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet um einen Folgebericht zur weiteren Umsetzung der Punkte 2. – Inanspruchnahme des Teilansatzes 3, Cybersecurity und Datensicherheit – sowie 3. – der jährliche Hackathon – mit einer Bilanz für 2020 sowie den Planungsstand für 2021. Er rege einen Termin im Januar 2021 an.

Christian Goiny (CDU) pflichtet dem Ansinnen bei. Er bittet darum darzulegen, welche praktischen Resultate, Anwendungen dies für die Berliner Verwaltung habe und was konkret an Erkenntnissen umgesetzt werden könnte.

Dr. Kristin Brinker (AfD) kündigt Nachreichung schriftlicher Fragen an.

Der **Ausschuss** beschließt, den Bericht 3047 zur Kenntnis zu nehmen. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird gebeten, dem Hauptausschuss zur Sitzung am 20.01.2021 einen Folgebericht zur weiteren Inanspruchnahme des Teilansatzes 3 „Cybersecurity und Datensicherheit“ zu reichen.

cherheit“ in Kapitel 2500 Titel 51165 und weiteren Umsetzung des jährlichen Hackathon, einschließlich einer Bilanz für das Jahr 2020 und einem Planungsstand für das Jahr 2021, aufzuliefern. Weiter wird darum gebeten, die praktischen Resultate für die Berliner Verwaltung darzustellen. Welche konkreten Erkenntnisse zur Erhöhung der IKT-Sicherheit konnten gewonnen werden und welche Maßnahmen werden konkret umgesetzt? Die AfD-Fraktion kündigt an, zum Bericht 3047 Fragen nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport schriftlich zur Sitzung am 20.01.2021 beantwortet werden sollen. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 20 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/2835

**Aufgabe einer Teilfläche (Lagerfläche) der
Sportanlage Sömmeringstraße 15 in 10589 Berlin
gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz**

[3076](#)
Haupt
Sport

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses Sport vom 21.08.2020 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD).

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus die Annahme der Vorlage zur Beschlussfassung Drucksache 18/2835 gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sport zu empfehlen.

Punkt 21 der Tagesordnung

Bericht Senat von Berlin – InnDS IV D 27 – vom
03.06.2020

**Finanzplan für den Austragungsort Berlin im
Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2024**
gemäß Auflage B. 29 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[2947 B](#)
Haupt

Philipp Bertram (LINKE) bittet um einen Folgebericht. Fragen würden noch nachgereicht. Es gehe darum, die Investitionsmaßnahmen zur Fußball-Europameisterschaft noch einmal in einen Kontext der Weiterentwicklung des Olympiaparks zu stellen. Damit werde die Frage verbunden, wie nachhaltig diese Investitionen für die Stadt wirkten. Er bitte um ein Bericht zur zweiten Lesung des zweiten Nachtragshaushalts.

Andreas Statzkowski (CDU) äußert, er nehme den Bericht positiv zur Kenntnis. Die Vorlage sei sehr überzeugend, insbesondere der Ausbau des WLAN-Netzes werde mit diesem Großereignis verbunden, was mit großer Nachhaltigkeit für alle Berlinerinnen und Berliner von Nutzen sein werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 2947 B zur Kenntnis. Die Fraktion Die Linke kündigt an, zum Bericht 2947 B Fragen nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport schriftlich zur 2. Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020/2021 beantwortet werden sollen. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – 07

Punkt 22 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/0980

**Ladevorrichtungen für Elektrofahrzeuge an Taxi-
Halteplätzen einrichten**

[1286](#)

Haupt

UmVerk

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses UmVerk vom 27.08.2020 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD gegen CDU und FDP).

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/0980 gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz zu empfehlen.

Punkt 23 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 18/2726

**Berliner Taxigewerbe schützen!
Aufzeichnungspflichten und Kontrollen von
Mietwagenunternehmen sicherstellen —
Ausnahmegenehmigungen im Berliner
Mietwagensektor zurücknehmen**

[2934](#)

Haupt

IntArbSoz*

UmVerk(f)

WiEnBe*

Johannes Werner (CDU) bittet um Erweiterung um die Fragestellung, wie die Berliner Taxiunternehmen auch an den BER angebunden wurden. Dieser sehr wichtige Punkt sei in der Vorlage leider nicht enthalten

Torsten Schneider (SPD) fragt, ob dies als Änderungsantrag zu verstehen sei.

Christian Goiny (CDU) pflichtet den Ausführungen von Abg. Werner bei.

Steffen Zillich (LINKE) regt an, den Antragstext beizubehalten. Anderenfalls müsste der Antrag in den Fachausschuss zurücküberwiesen werden.

Torsten Schneider (SPD) schließt sich dem Vorschlag an

Der **Ausschuss** beschließt, den Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung des Berichtsdatums auf „31. Dezember 2020“ anzunehmen. Sodann wird beschlossen, dem Abgeordnetenhaus die Annahme des Antrags Drucksache 18/2726 mit geändertem Berichtsdatum „31. Dezember 2020“ zu empfehlen. Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 24 der Tagesordnung

- a) Bericht SenUVK – IV C 2 – vom 08.04.2020 [2819](#)
BVG-Verkehrsvertrag Haupt
(Berichtsauftrag aus der 63. Sitzung vom 13.11.2019)
- b) Bericht SenUVK – IV C 2 – vom 03.07.2020 [2819 B](#)
BVG-Verkehrsvertrag Haupt
hier: aktueller Sachstand und Verhandlungsangebot
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)
(a) und b) in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung
am 09.09.2020 vertagt)

Hinweis: Die Bitte um Fristverlängerung [2819 A](#) hat sich durch die Vorlage des Berichts [2819 B](#) erledigt.

Vertagt.

Punkt 25 der Tagesordnung

- Bericht SenUVK – IV C 53 – vom 03.07.2020 [2982](#)
Zustimmung zur Mittelumwidmung für die Haupt
Beschaffung von E-Bussen im Sondervermögen
Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) aus
Deckungskreis 32 – ÖPNV und Straßenland sowie
Deckungskreis 52 – Umwelt/Klimaschutz
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 vertagt)

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenUVK – IV C 23 – vom 16.06.2020 [2949](#)
Umstellung auf alternative Busantriebe Haupt
gemäß Auflage B. 44 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
- b) Zwischenbericht SenUVK – IV C 2 – vom 22.01.2020 [2564 D](#)
E-Busse Haupt
(Berichtsauftrag aus der 63. Sitzung vom 13.11.2019)
m.d.B. um Fristverlängerung zur Sitzung am 25.03.2020
(in der 70. Sitzung am 26.02.2020 vertagt und dem UA
Bmc zur Verfügung gestellt)
- c) Bericht SenUVK – IV C 2 – vom 28.02.2020 [2564 I](#)
E-Busse Haupt
(Berichtsauftrag aus der 63. Sitzung vom 13.11.2019)
(a) bis c) in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung
am 09.09.2020 vertagt)

Johannes Werner (CDU) fokussiert auf die Umstellung auf alternative Busantriebe. Er bitte um Darstellung der Umstellung auf E-Busse insgesamt, insbesondere in Bezug auf Kosten und Zeiträume. Wie stelle sich die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung dar? Was bedeute die Umstellung auf alternative Busantriebe für die Ladeinfrastruktur und Betriebshöfe, eventuell sogar in Richtung neue Linienführung, damit die Busse ausreichend mit Energie versorgt werden könnten? Wie viele E-Busse würden benötigt, um einen konventionellen Bus zu ersetzen?

Sven Heinemann (SPD) bittet auch um einen Folgebericht. Stehe das Investitionsvolumen an der Säntisstraße fest? Zusätzlich sei noch eine Betriebshoffläche in Spandau-Gartenfelde geplant. Inwieweit seien dort Investitionskosten bekannt? Solle der Service- und Landesstützpunkt an der Hertzallee der einzige bleiben oder folgten weitere? Seien Investitionen bei der Berliner Feuerwehr geplant, im Unglücksfall auch einen E-Bus löschen zu können? Bisläng sei nur vorgesehen, Eindecker und Gelenkbusse mit E-Antrieb zu bestellen. Wann solle die Flotte der Doppeldecker umgerüstet werden?

Steffen Zillich (LINKE) bittet um einen Überblicksbericht über die unterschiedlichen Projekte der Entwicklung E-Mobilität, sowie für Standorte als auch für die Fahrzeugflotte etc., betreffend den derzeitigen Planungsstand, derzeitige Finanzierungsüberlegungen und Quellen. Gleichzeitig solle darauf eingegangen werden, inwiefern sich Differenzen zwischen den Vorlagen insbesondere bezüglich der dort genannten Zahlen ergäben.

Christian Goiny (CDU) schließt sich den Fragen an. Er bitte um Ergänzung der brandschutztechnischen Anforderungen. Als problematisch sehe er die Streichung des WLANs im Angebot des öffentlichen Nahverkehrs an; dies sei nicht zeitgemäß. Mit der Begründung, dass alle Menschen entsprechende Handytarife hätten, könnte, der Argumentation folgend, berlinweit die Förderung von kostenlosem WLAN-Angeboten eingestellt werden. Er bitte um einen senatsressortübergreifend abgestimmten Bericht. Touristen verfügten nicht zwangsläufig über entsprechende Tarife. Welche Angebote für Touristen gebe es im öffentlichen Nahverkehr, die Nutzung betreffend?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) erklärt, die Senatsverwaltung befinde sich mit der BVG gerade in finalen Vertragsverhandlungen. Zentrales Element sei die Dekarbonisierung im Sinne des Klimaschutzes, die E-Bus-Strategie final abzustimmen. Grundsätzliches Ziel sei, auf den Kostenfaktor eins zu eins zukommen. Dies sei ambitioniert, aber machbar, weil auch in der Umstellung von Betriebsabläufen Einsparungen möglich seien. Ursprünglich seien drei Betriebshöfe geplant gewesen, vielleicht seien auch zwei denkbar. Darüber werde aktuell gesprochen. Über aktuelle Investitionen könne daher keine konkreten Aussage getätigt werden. Da es noch Verhandlung mit der BVG gebe, die auch noch einige Wochen dauerten und die Fragen etwas mehr Vorlauf benötigten, empfehle er, einen Bericht zum Jahresende vorzulegen. Die erweiterte Hochlaufphase laufe bis 2023. Insgesamt solle die gesamte Busflotte 2030 auf E-Busse umgestellt sein. Auch hier gebe es noch finale Abstimmungen mit der BVG. Die Doppeldecker würden im Moment noch nicht auf dem Markt angeboten. Im Rahmen der Vertragsabstimmung mit der BVG sei eine Machbarkeitsstudie beauftragt worden. Insofern werde auf die weiteren Zahlen, auch auf die vermutete Zahlendifferenz im Gesamtbericht eingegangen. Beim WLAN hätten bezüglich der Finanzierungssituationen auch vor dem Hintergrund der Tarifverhandlungen Geldquellen herangezogen werden müssen. Mit den 11 Millionen Euro hätte man ohnehin nicht das gesamte Netz mit WLAN ausstatten können. Es werde für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Im Moment sei es aber erforderlich gewesen, diesen Geldbetrag zu verwenden.

Steffen Zillich (LINKE) bemerkt, es seien komplexe Fragen gestellt worden. Er benötige aber, gegebenenfalls im Rahmen eines Zwischenbericht und auf dem jeweiligen Stand, zur zweiten Lesung des Nachtrags eine Übersicht über die Finanzierungsabsichten und Finanzierungsquellen, die einzelnen Projekte betreffend.

Christian Goiny (CDU) pflichtet bei, er halte es für problematisch, dass Verträge mit der BVG geschlossen würden, das Parlament aber erst im Nachgang informiert werden solle. Insofern bitte auch eher um schriftliche Darlegung zur zweiten Lesung des Nachtragshaushaltes. Wenn bezüglich des WLANs dies die Meinung des Senats zu allen Themen und Projekten sei, bitte er auch um schriftliche Darstellung, was den öffentlichen WLAN-Ausbau in Berlin anbetreffe, nicht nur im öffentlichen Nahverkehr.

Sven Heinemann (SPD) fragt, wie hoch der Bedarf für eine tatsächliche Umsetzung sei, wenn 11 Millionen Euro ohnehin nicht ausreichen. Sei es bereits Verhandlungsgegenstand, die WLAN-Thematik im Rahmen des Verkehrsvertrages zu lösen?

Torsten Schneider (SPD) konstatiert, die ressourcenübergreifende Fragestellung der CDU zum WLAN habe politische Relevanz. Nach Presseberichten habe sich der Senat zu einem Strategiepapier, die Umweltpolitik betreffend, vertagt. Die SPD-Fraktion tue sich schwer, den Bürgerinnen und Bürgern die Dekarbonisierung von privaten Kfz aufzuerlegen, zugleich für den Wirtschaftsverkehr, insbesondere für die gesamte Fahrzeugflotte des Landes, Ausnahmen zuzulassen. Dies sei mit der SPD nicht zu machen. Vielmehr werde die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand priorisiert. Was würde die Dekarbonisierung auch für alle Polizei-, Katastrophenschutz-, Feuerwehrfahrzeuge bedeuten? Er bitte, entsprechende Informationen in dem Bericht aufzunehmen.

Stefan Ziller (GRÜNE) äußert, es sei schön, dass die SPD das Ziel der Dekarbonisierung im Verkehr auch ohne Ausnahmen bis 2030 vorantreiben und sich einen Überblick verschaffen

wolle, wo es noch Handlungsbedarfe gebe. Hinsichtlich des WLANs gehe es hier um eine kleine Umschichtung im SIWANA. Die WLAN-Strategie des Landes sei nicht betroffen. Die gebe es auch an anderer Stelle. Auch in der Senatskanzlei seien Haushaltsmittel für den Ausbau des öffentlichen WLAN-Netzes gerade an touristischen Orten vorgesehen. Die BVG sei beispielhaft mit dem Ausbau des WLANs an den U-Bahnhöfen und in einzelnen Bussen. Insofern könne einmal die gesamte WLAN-Strategie des Landes Berlin dargelegt werden. Dies aber an der Vorlage festzumachen, sei kleinteilig.

Christian Goiny (CDU) erwidert, wenn mit der Argumentation der WLAN-Ausbau im öffentlichen Nahverkehr gekippt werde, könne möglicherweise beim nächsten Mal bei einem anderen Beispiel ähnlich verfahren werden. Insofern gehöre dies zusammen. Werde ein kostenloser öffentlicher WLAN-Ausbau in Berlin verfolgt? Der öffentliche Nahverkehr sei nicht unwesentlicher Bestandteil dessen.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) erklärt, dazu keine Auskünfte geben zu können, weil es nicht sein Ressort betreffe. Ein Zwischenbericht sei möglich. Es werde im Rahmen des vorgegebenen Finanzrahmens agiert. Negative Überraschungen seien nicht zu befürchten.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 2982 wie beantragt zuzustimmen. Zu a) Der Bericht 2949 wird zur Kenntnis genommen. Zu b) Der Bericht 2564 D wird zur Kenntnis genommen. Zu c) Der Bericht 2564 I wird zur Kenntnis genommen. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 26 der Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| a) Fragen der Fraktion der CDU vom 21.02.2020 zur
BVG-Fahrzeugvergabe
(rote Nummer 2564 F) | <u>2564 F-1</u>
Haupt |
| b) Bericht SenUVK – IV C 53 – vom 03.07.2020
BVG-Fahrzeugvergabe
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 12.02.2020)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)
(a) und b) in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung
am 09.09.2020 vertagt) | <u>2564 O</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage |

Vertagt.

Kultur und Europa – 08

Punkt 27 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 18/2242

**Ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die
Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft**

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[2574](#)

Haupt

Kult

Frank-Christian Hansel (AfD) äußert, ihn wundere das Abstimmungsverhalten der Freien Demokraten. Angeregt worden sei ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Auch der Bundestag überlege entsprechend, handle aber nicht. Dass seine Fraktionen ein solches errichten wolle, habe die Linkskoalition abgelehnt, was nicht verwundere. Dass aber die FDP-Fraktion ein solches ablehne, erstaune. Welche Begründung gebe es dafür?

Sibylle Meister (FDP) erwidert, es sei nicht ihre Aufgabe, ein Abstimmungsverhalten der Fraktion gegenüber der AfD zu erklären.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2242 gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten zu empfehlen.

Punkt 28 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – I A FH – vom 14.05.2020

Musicboard Berlin GmbH

gemäß Auflage B. 50 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021 und Berichtsauftrag aus der
66. Sitzung vom 29.11.2019

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[0384 E](#)

Haupt

Christian Goiny (CDU) stellt fest, dass der Bericht nicht zu beanstanden sei. Es sei positiv, noch einmal eine Beschreibung der Aktivitäten des Musicboard zu erhalten. Der Bericht sei vom 14. Mai. Corona habe es schon gegeben, tauche aber nicht auf. Was mache das Musicboard? Liefen die Projekte und Programme in diesem Jahr wie geplant weiter? Er bitte um einen aktualisierten Folgebericht außer der Reihe zu den Aktivitäten, die das Musicboard seit März gestartet habe, möglichst zur zweiten Lesung des zweiten Nachtragshaushalts.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa) erklärt, dass sich der Bericht ausdrücklich auf das Jahr 2019 beziehe. Die gewünschten Informationen könnten schriftlich nachgereicht werden.

Christian Goiny (CDU) stimmt dem Vorschlag zu.

Der **Ausschuss** beschließt, den Bericht 0384 E zur Kenntnis zu nehmen. Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa wird gebeten, dem Hauptausschuss zur 2. Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020/2021 (rechtzeitig zur Sitzung am 28.10.2020) darzustellen, welche Aktivitäten/Maßnahmen die Musicboard Berlin GmbH während der Corona-Pandemie durchgeführt hat, um die Musikszene der Stadt Berlin zu unterstützen.

Punkt 29 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – I A He – vom 02.04.2020
Sachstandsbericht Club Gießmühle
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 12.02.2020)
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[2677 A](#)
Haupt

Christian Goiny (CDU) hält fest, dass der Bericht nur eine Sachstandsbeschreibung dessen sei, was die Betreiber der Gießmühle zur Rettung ihres Clubs unternommen hätten, während sich die Aktivitäten des Senats übersichtlich gestalteten. Der neue Standort habe nichts mit Aktivitäten des Senats zu tun.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 2677 A zur Kenntnis.

Punkt 30 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – II A Fr – vom 10.07.2020
Vergabe von Beratungs- und Gutachtendienstleistungen
3. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[2975](#)
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 2975 zur Kenntnis.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.37 Uhr bis 15.04 Uhr]

Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – 09

Punkt 31 der Tagesordnung

Schreiben SenGPG – I B 31 – vom 01.09.2020
Epidemiologischer Suchtsurvey 2021-2022
Gutachten- und Beratungsdienstleistungsauftrag
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3091](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben 3091 ohne Aussprache zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 32 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – I B 41 – vom 29.05.2020
Stand der Verhandlungen mit der LIGA der
Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in
Berlin zum Integrierten Gesundheitsprogramm
(IGP)
(Berichtsauftrag aus der 53. Sitzung vom 13.09.2019)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[2915 A](#)
Haupt

Andreas Statzkowski (CDU) möchte wissen, wann die Unterzeichnung des Vertrags mit der LIGA erfolgen werde.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) erklärt, der Vertrag über das integrierte Gesundheitsprogramm sei mit der Liga der Wohlfahrtsverbände fertig verhandelt und paraphiert am 24. August 2008. Er sei zusammen mit dem Rahmenfördervertrag zu sehen, der federführend durch SenIAS erarbeitet und abgeschlossen werde und nach seinen Informationen dem Parlament auch vorgelegt werde.

Andreas Statzkowski (CDU) fragt nach, ob die Paraphierung mit der förmlichen Unterschrift gleichzusetzen sei. Gebe es dort gegebenenfalls noch kein Datum?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) antwortet, Paraphierung bedeute, dass die Verhandlungspartner einig seien und den Vertrag genau so endverhandelt hätten. Er könne aber erst gültig abgeschlossen werden, nachdem er auch dem Hauptausschuss vorgelegt worden sei.

Andreas Statzkowski (CDU) erkundigt sich, ob nach Zustimmung durch das Abgeordnetenhaus eine förmliche Unterschrift unter den Vertrag erfolge.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) bestätigt dies.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 2915 A zur Kenntnis.

Punkt 33 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – I D 28 – vom 13.03.2020

Kindernotfallversorgung

(Berichtsauftrag aus der 65. Sitzung vom 27.11.2019)

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[1875 C](#)

Haupt

Christian Goiny (CDU) konstatiert, dass von den von seiner Fraktion vier gestellten Fragen lediglich die vierte Frage beantwortet worden sei. So sei bei Frage 1 gefragt worden, wo in welchen Krankenhäusern eine Kindernotfallversorgung angeboten werde und welche Kapazitäten jeweils vorhanden seien. Bei Frage 2 sei nach der Organisation der Kindernotfallversorgung gefragt worden. Die Antwort, dass diese von den Krankenhausträgern organisiert werde, befriedige nicht. Bei Frage 3 sei nach der personellen Ausstattung gefragt worden. Eine konkrete Zahl werde jedoch nicht genannt. Der Bericht sei erbeten worden, weil es um die Fragestellung im Rahmen der Haushaltsberatung gegangen sei, ob die Kindernotfallversorgung in Berlin kapazitäts-, personalmäßig sowie zeitmäßig richtig organisiert sei. Insofern bitte er darum, die Fragen 1 bis 3 bis Anfang November noch einmal zu beantworten.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) antwortet, die Verwaltung sei sehr bemüht um diesen Bericht gewesen, weil die Abfrage zu Frage 4 Angaben erfordert habe, die dem Senat normalerweise nicht vorlägen. Insofern sei eine gesonderte Abfrage bei den Krankenhäusern erfolgt, um diese Zahlen für einen Beispielmontat zu erheben. Die anderen Teilfragen seien in der Form, wie gefragt worden sei, so nicht zu beantworten. Beispielsweise stelle sich die Frage der Kapazitäten in einer Notaufnahme nicht in der Form; es sei nicht bekannt, woran diese gemessen werden sollten. Im Krankenhaus gebe es ansonsten den Kapazitätsparameter „Bett“. Einen solchen gebe es in einer Notaufnahme nicht.

Andreas Statzkowski (CDU) erwidert, es könnten sehr wohl die Anzahl der grundsätzlich vorgehaltenen Stellen für Ärzte, Pflegepersonal, der vorhandenen Quadratmeterzahlen zu den behandelten Personen in einen gewissen Kontext gesetzt werden. Der Hauptausschuss habe sich intensiv mit den Fragen der finanziellen Ausstattung der entsprechenden Programme zur Herrichtung der Baulichkeiten in Berliner Krankenhäusern auseinandergesetzt. Insofern könne der Haushaltsgesetzgeber durchaus Auskunftsrechte ableiten. Dies bedeute nicht zwangsläufig, in die Umsetzung der vorhandenen Überlegungen einschreiten zu müssen. Es sollte aber auf bestimmte Grundmuster geachtet werden und über Kontaktaufnahme mit den einzelnen Krankenhausträgern bestimmte Wünsche artikuliert werden können, insbesondere dann, wenn es einen entsprechenden finanziellen Zuschuss seitens des Landes Berlin gebe.

Christian Goiny (CDU) wirft ein, der Senat müsse sich für eine gewisse Argumentationslinie entscheiden. Im Zusammenhang mit der Nichtfortführung der Kinderrettungsstation am Benjamin Franklin sei auf ausreichend Kapazitäten an anderen Krankenhäusern verwiesen worden; im Übrigen würde dort eine richtige Kindernotfallklinik am Standort Benjamin Franklin benötigt. In dem Zusammenhang sei nach den Kapazitäten der anderen Standorten gefragt worden. Seien die anderen Krankenhäuser an dem jeweiligen Tag ausgelastet gewesen, oder habe es noch Kapazitäten gegeben? Nach Presseberichten hätten Eltern mit ihren Kindern an der Charité bzw. anderen Standorten lange warten müssen bzw. seien abgewiesen worden, weil die Kapazitäten nicht gereicht hätten. Wie viele Kinder in dem Alter würden auf der Ret-

tungsstelle vorstellig? Wie viele davon würden stationär aufgenommen? Wie groß seien die Kapazitäten? Zu welchen Zeiten stünden diese zur Verfügung? Wann würden Eltern abgewiesen? Er bitte um entsprechende Nachlieferung.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) möchte wissen, inwieweit der Senat einen Überblick über die Entwicklung der Zahlen habe. Wie hätten die Behandlungszahlen im Vorjahreszeitraum ausgesehen? Gebe es eine Entwicklung von Benjamin Franklin zu anderen Einrichtungen, oder hätten sich die Behandlungszahlen verringert? Habe der Senat diesbezüglich Erkenntnisse, oder sei es eine einmalige Abfrage gewesen? Verfolge der Senats Strategien oder Ansätze, um die Kindernotfallstationen zu entlasten?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) bemerkt, in der Nachfrage sei stärker auf die stationären Kapazitäten abgehoben worden. Es könnten Daten geliefert werden, wie viele Betten in der Kinder- und Jugendmedizin an welchem Krankenhaus vorgehalten würden. Die Antwort zur Frage 4 gebe Aufschluss über die Patientenströme bei den unter 18-jährigen in Berlin. Danach lasse sich gut herauslesen, dass es im Gesamtzusammenhang keine große Bedeutung habe, was an Patientinnen und Patienten am Campus Benjamin Franklin behandelt worden sei. Dies sei auch logisch, weil die dahinter stehende Abteilung für Kinder- und Jugendmedizin am Benjamin Franklin seit geraumer Zeit nicht mehr existiere. Dies sei auch Ausgangspunkt der Charité für die Aussage gewesen, dass die Rettungsstelle speziell für Kinder und Jugendliche auch nicht mehr sinnvoll sei. Bei Betrachtung der Zahlen für die anderen Häuser ließen sich Rückschlüsse auf die Patientenströme gerade im Südwesten ziehen; sie seien bei anderen Krankenhäusern in deutlich höherer Zahl zu verzeichnen. Neben dem Virchow Campus sei auch das Sankt Josef-Krankenhaus zu betrachten, mit einer Zahl, die das knapp achtfache betrage, was am Benjamin Franklin verzeichnet werde. Auch das Helios Klinikum Emil von Behring habe allein schon mehr als das Doppelte von dem, was das Benjamin Franklin bisher an Kindernotfallversorgung geleistet habe. In Teilen von Steglitz-Zehlendorf, zumindest im Ortsteil Wannsee, gehe die Orientierung von Eltern in Notfällen eher nach Potsdam zum Ernst von Bergmann Klinikum und weniger auf das Benjamin Franklin Klinikum. Es sei eine einmalige Abfrage gewesen. Es gebe keine Vergleichszahlen aus anderen Zeiträumen. Es könne noch einmal nach einer Selbsteinschätzung der Kliniken nach Kapazitätsproblemen gefragt werden.

Christian Goiny (CDU) entgegnet, der Standort Benjamin Franklin sei bewusst nicht beworben und schlechtgeredet worden, was die Kinderbetreuung betreffe. Die wenigen Kinderarztpraxen in der Region im Südwesten seien wegen der schlechten Versorgung insbesondere am Wochenende überlaufen und überfüllt. Daraus resultiere eine schlechte Versorgungslage. Die Frage 4 müsse widerspiegelt werden zu den Kapazitäten. Eine Diskussion über die Frage der stationären Aufnahmen habe die Verwaltung mit dem Hinweis aufgemacht, es könne nur eine Kindernotfallversorgung an den Standorten erfolgen, an denen auch eine entsprechende stationäre Versorgung angeboten werden könne. Problematisch sei die permanent wechselnde Argumentation. Im Kern gehe es darum einschätzen zu können, ob die Kindernotfallversorgung im Land Berlin ausreichend organisiert sei. Wäre dies der Fall, gäbe es keine Klagen und Proteste der Kinderärzte und keine Warteschlangen an den niedergelassenen Praxen, auch keine Probleme an den Wochenenden. Insofern sei um eine Darstellung der Ist-Situation gebeten worden. Könne in den Krankenhäusern an den Rettungsstellen betreut werden? Wie sei die Kapazität? Wann seien diese geöffnet? Wie sehe es an Wochenenden aus, tagsüber und nachts? Welche Kapazitäten gebe es an einzelnen Standorten?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) antwortet, wenn nach Kapazitäten in der Notaufnahme gefragt werde, gestalte sich eine Beantwortung schwierig. Woran solle dies gemessen werden? Gerade dort, wo es auch separate Kindernotdienstpraxen am Standort Krankenhaus gebe, könnten Quadratmeterzahlen geliefert werden. Es sei ein Schwerpunkt auf den niedergelassenen Bereich und die Versorgung dort gelegt worden. Die Diskussion werde in den vorgesehenen Gremien sehr engagiert geführt. Auch werde die kassenärztliche Vereinigung immer wieder sehr engagiert auf ihren Sicherstellungsauftrag im ambulanten Bereich hingewiesen. Es sei teilweise auch eine Ausweichbewegung, die von erwachsenen Patienten auch bekannt sei, dass in den Rettungsstellen, in die Notaufnahmen der Krankenhäuser teilweise Menschen vorstellig würden, die dort eigentlich nicht hingehörten, sondern in den ambulanten Bereich. Die KV verfolge ein System von Notdienstpraxen, die an Standorten von Krankenhäusern angeboten würden. Es werde darauf gedrungen, dies möglichst schnell für den Erwachsenen- sowie den Kinderbereich umzusetzen. Am Sicherstellungsauftrags der Kassenärzte für den ambulanten Bereich führe letztlich aber auch kein Weg vorbei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 1875 C zur Kenntnis genommen. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung wird gebeten, dem Hauptausschuss zur 2. Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020/2021 die folgenden Fragen detailliert zu beantworten: 1. Welche Kapazitäten sind in den Krankenhäusern jeweils für die Kindernotfallversorgung und in der stationären Behandlung vorhanden? Wie ist die Kindernotfallversorgung jeweils organisiert? Welches Personal wurde jeweils eingesetzt bzw. vorgehalten, Frage 1 des Berichts 1875B? Welches Verhältnis besteht jeweils zwischen dem grundsätzlich vorgehaltenen Arztpersonal/Pflegepersonal, den verfügbaren Quadratmetern und der behandelten Personen in der Kindernotfallversorgung?

Punkt 34 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – I D 12 – vom 08.06.2020
Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH
hier: sachgrundlose befristete
Beschäftigungsverhältnisse (Folgebericht)
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 12.02.2020)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[1733 H](#)
Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) stellt fest, der Prozess werde schon eine Weile begleitet und solle weiterhin begleitet werden. Er bitte um einen Folgebericht zum Februar kommenden Jahres. Er begrüße, dass die sachgrundlos befristeten Beschäftigungsverhältnisse weiter hätten reduziert werden können und dies zum 1. Januar 2021, Vivantes betreffend, passé sei. Ihn verwundere zu Punkt b), dass der notwendige Betrag für die Rückeingliederung ohne weitere Informationen genannt werde. Er gehe davon aus, dass es sich um eine Information handle und nichts weiter zu veranlassen sei. Unter Punkt c) werde das Konzept für die einheitliche Tarifstruktur im Gesamtkonzern in Arbeit. Insofern wolle er mit dem Folgebericht auf den aktuellen Stand gehalten werden und hoffe, dies noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluss bringen zu können.

Andreas Statzkowski (CDU) schließt sich der Bitte für einen Folgebericht an. Interessant seien Informationen, wie es Vivantes gelingen möge, einen Mehraufwand von 2,6 Millionen Euro im Haushalt darzustellen. Inwieweit habe der Krankenhauskonzern auch mit den Auswirkungen der Pandemie zu kämpfen, mit welchen finanziellen Auswirkungen? Wenn dies im Rahmen des Berichts nicht darstellbar sei, wäre eine schriftliche Anfrage denkbar. Es sei befremdlich, dass die Tarifpartner offensichtlich seit Ende letzten Jahres nicht in der Lage gewesen seien, zu einem Termin zusammenzufinden und eine Verständigung über diese Frage zu erzielen. Es hätte auch eine elektronische Zusammenkunft erfolgen können.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) schließt sich auch für seine Fraktion der Berichtsbitte und den von Abg. Walter gestellten Fragen an. Sei es insbesondere seit den Lockerungen möglich gewesen, möglicherweise in einem digitalen Setting miteinander in Verbindung zu treten?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) teilt die Einschätzung, dass die Berichtsteile a) und b) Erledigung gefunden hätten. Der Hinweis auf die 2,6 Millionen Euro habe der Information dienen sollen. Es gehe am Ende im Gesamtergebnis des Konzerns unter. Es gebe in diesem Jahr ein ganz anderes Problem. Deshalb gebe es im Nachtragshaushaltsplan eine Kapitalerhöhung für die Vivantes im Zusammenhang mit coronabedingten Erlösausfällen. Hier hätten auch die Zahlungen nicht ausgereicht, die vom Bund an die Krankenhäuser ausgeschüttet worden seien. Eine Kapitalerhöhung sei immer ein Hinweis auf eine Änderung des Ergebnisses. Unter c) finde sich der größte finanzielle Brocken, weil von den ursprünglich geschätzten insgesamt 40 Millionen Euro an zusätzlichen Personalkosten, die durch 100 Prozent TVöD in allen Konzernteilen erforderlich wären, hier das meiste enthalten sei. Ein entsprechender Termin habe inzwischen stattgefunden. Inzwischen habe auch Verdi eine Tarifkommission gebildet, die die weiteren Gespräche mit Vivantes vorbereite; das Thema sei weiter im Fluss. Es könne jederzeit über den dann erreichten Stand der Gespräche berichtet werden.

Sibylle Meister (FDP) fragt nach, ob Vivantes im Rahmen des Nachtragshaushalts, obwohl nicht coronabedingt, die 2,6 Millionen Euro erstattet erhalte. Ihrer Meinung sei die Erstattung rechtlich etwas schwierig.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) erklärt, es gebe hier keine Erstattung von Personalkosten. Dies stieße auf rechtliche Probleme. Er habe dies nur im Gesamtzusammenhang dargestellt im Verlauf des Geschäftsjahres bei der Vivantes, wo nachvollziehbar sei, dass durch die vielen coronabedingten Leerstände ein insgesamt größeres Problem vorhanden sei. Es gebe keine Personalkostenerstattung für einen solchen speziellen Zweck. Die könne es in der Form auch nicht geben.

Steffen Zillich (LINKE) fasst zusammen, der Weg, Rahmentarifvertrag, sei nicht vom Tisch. Über den Fortgang könne bei den bestellten Folgeberichten berichtet werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 1733 H zur Kenntnis. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung wird gebeten, zur Sitzung am 17.02.2021 einen Folgebericht aufzuliefern und darin die folgenden Fragen zu beantworten: Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand bei der Erarbeitung des Konzeptes für eine Tarifstruktur in allen Konzernteilen auf dem jeweils branchenüblichem Niveau? Hierzu wird um eine Darstellung der Ergebnisse der Analyse der Ausgangssituation und des Arbeitsplans gebeten. Wie wird der Mehraufwand aufgrund der Übernahme von Mitarbeitenden bei der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit

GmbH und personenbezogener Eingruppierung in Höhe von 2,6 Mio. Euro finanziert? Welche finanziellen Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH? Konnte ein Termin zwischen den Tarifpartnern Vivantes und ver.di (ggf. digital) gefunden werden und wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Punkt 35 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – I E 10 / I E 11 – vom 03.08.2020
**Modellprojekt PrEP und Errichtung des Checkpoint
BLN**
gemäß Auflage B. 55 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[276 6 A](#)
Haupt

Andreas Statzkowski (CDU) begrüßt den grundsätzlich informativen und interessanten Bericht. Er bitte um einen Folgebericht zum Thema Projektkonzeption, die im August 2020 habe entwickelt werden sollen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) schließt sich dem an. Inwieweit müsse das Projekt überarbeitet werden, weil es auch Mittel aus der gesetzlichen Krankenversicherung gebe? Sei die für die Monate Juni bis September geplante Initiative „Time to test – The time is now“ durchgeführt worden? Gebe es Erkenntnisse hieraus?

Carsten Ubbelohde (AfD) pflichtet bei. Warum sei Berlin nach wie vor die einzige an der Fast-Track City Initiative beteiligte Stadt? Hielten andere das Konzept für nicht erfolgreich oder nicht nachhaltig genug, würden deren Mittel anders eingesetzt? Würden andere Anforderungen an diejenigen gestellt, die an diesem ambitionierten Projekt teilnähmen? Es korreliere nicht, dass rund 67 Prozent der Teilnehmer kondomlosen Analverkehr praktizierten, während gleichzeitig 50 Prozent ihr Risiko als gering oder nicht gering einschätzten. Gerade mit Blick darauf, dass immerhin über zwei Drittel der Teilnehmer aus dem Ausland zugelassen würden, stelle sich die Frage, ob da überhaupt die Voraussetzungen bestünden, an einem solchen Projekt erfolgreich langfristig teilnehmen zu können.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) dankt für diesen ausführlichen Bericht. Daraus werde ersichtlich, dass Menschen, die Hilfe benötigten, ohne Ansehung irgendwelcher Merkmale, geholfen werde, was der Stadt gut zu Gesicht stehe, auch im internationalen Vergleich. Auch er bitte um einen Folgebericht und Übermittlung der Projektkonzeption für die zukünftige Aufstellung des Checkpoints. Er bitte um eine Aufschlüsselung der bisher angefallenen sowie zukünftig anfallenden Kosten des Checkpoints. Mit welchen Kosten werde gerechnet, wenn die Clearingstelle die Fälle ohne Krankenversicherung übernehme? Sei angesichts des bevorstehenden Winters mit einer Nachfragezunahme zu rechnen?

Sebastian Walter (GRÜNE) führt einleitend aus, der Checkpoint sei ein Erfolgsprojekt. Er habe positiv zur Kenntnis genommen, wie der Checkpoint gerade unter Coronabedingungen die Arbeit im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten fortgesetzt habe. Auch er bitte um

schnellstmögliche Vorlage eines Folgeberichts, vielleicht schon zur übernächsten Sitzung im Oktober. Das Interesse an der Mittelverwendung betreffe nicht nur das Modellprojekt PrEP, sondern den gesamten Checkpoint. Er bitte für die Jahre 2018, 2019 sowie für das laufende Jahr um eine Übersicht über die gesamten Kosten für den Checkpoint. Dabei interessiere insbesondere, welche Einzelprojekte in den Checkpoint eingetreten seien, mit welchen Mitteln. Habe es dort noch einmal Verschiebungen gegeben? Hätten sich neue Projekte ergeben? Welche Veränderung hätten sich konkret an dem Projekt Pluspunkt im Lauf der Jahre 2018, 2019 sowie 2020 ergeben? Wie schaue die Gesamtschau aus? Wie könne das Geld für die Weiterentwicklung gesteuert werden? Die Kooperation mit der Clearingstelle sei ein wichtiges Feld, um Personen, die über keine Krankenversicherung verfügten, im Bereich der HIV Prävention, aber auch der HIV Vorsorge unterstützen zu können. Er bitte um Übersendung der gemeinsamen Vereinbarung. Bei Fast-Track City sei Berlin nicht allein dabei, sondern es gebe inzwischen ein weltweites Netzwerk von Städten. Berlin werde die Ziele von Fast-Track City nicht nur übertreffen, sondern sich sogar neue Ziele stecken, die weit darüber lägen. Er hoffe, dass dies über Berlin hinaus Vorbildwirkung habe. Bezüglich der Aussagen des Abg. Ubbelohde zum Kondomgebrauch und das Sicherheitsgefühl, habe dieser maßgeblich den Checkpoint und die Arbeit in der HIV Prävention nicht verstanden. Die PrEP sei genau das Mittel, das bewirke, dass beispielsweise Analverkehr sicher sein könne und deswegen das Kondom nicht mehr in allen Fällen Ultima Ratio sei. Es gebe unterschiedliche Methoden der Prävention.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) sagt zu, weiter zu berichten über die Konzeption und den Kostenrahmen in 2020 sowie über die weitere Zusammenarbeit mit der Clearingstelle. Alle Bestandteile würden bis zum Februar geliefert werden können, einzelne möglicherweise schon früher. Berlin fühle sich in der Initiative Fast-Track City in guter Gesellschaft, weil es weltweit fast 300 Städte gibt, die dort mitwirkten.

Carsten Ubbelohde (AfD) wirft ein, entscheidend für ihn sei, wie die Verantwortung als Parlament, als Gesellschaft gesehen werde, auf welche Menschen die primäre Verantwortung ausgerichtet werde. Mit Blick auf die Verteilung, aus welchen Regionen die Menschen diesen Vorteil dieser auch personell sehr aufwändigen Initiative in Anspruch nähmen, sehe er das nicht als gegeben an. Er erwarte grundsätzlich, dass Eigeninitiative, Selbstverantwortung von jedem Menschen Priorität genieße. Es sehe es nicht als Aufgabe des Staates, jeden in jeder Weise vor sexuellen Belangen zu schützen, für die er sich selbst in ausreichender Weise schützen könne. Dort, wo Kondome schützende Perspektiven eröffneten, sei es nicht Aufgabe des Staates, in jedem Fall jedem, der nach Berlin kommen wolle, den Weg zu ebnen und es ihm möglichst bequem zu machen. Dies könne nicht Aufgabe des Staates sein.

Sebastian Walter (GRÜNE) erwidert, dass auf jeden Fall die Eigeninitiative gestärkt werde. Er bitte bezüglich der Kostenaufschlüsselung bzw. der Mittelverwendung sowie den Bericht zum Konzept um zeitnahe Vorlage möglichst bis Oktober.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 2766 A zur Kenntnis. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung wird gebeten, in einem Folgebericht darzustellen, ob die Initiative „Time to test – The time is now“ durchgeführt wurde und wenn ja, mit welchen Ergebnissen? Wie hat sich die Nachfrage hinsichtlich der Angebote des Checkpoints BLN in den Wintermonaten entwickelt und wie konnten die Kapazitäten bereit gestellt werden? Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung wird ferner gebeten, dem Hauptausschuss zum 28.10.2020 in einem Folgebericht Modellprojekt PrEP und Errichtung des

Checkpoint BLN zu den folgenden Punkten zu berichten: Bitte um Vorlage der Projektkonzeption zur Weiterentwicklung des Checkpoint BLN. Bitte um eine detaillierte Aufschlüsselung der bisher seit 2018 angefallenen und zukünftig anfallenden Kosten, einschließlich aller Einzelprojekte, des Checkpoints BLN. Welche Einzelprojekte werden durch den Checkpoint BLN seit 2018 umgesetzt, mit welchen Mitteln sind diese jeweils ausgestattet? Gab es zwischen den Einzelprojekten noch Verschiebungen? Wurden die Haushaltsmittel bisher ausgeschöpft? Mit welchen Kosten muss gerechnet werden, wenn die Clearingstelle die Fälle ohne die Beteiligung der GKV übernimmt? Wie gestaltet sich die weitere Zusammenarbeit mit der Clearingstelle? Bitte um Vorlage der Vereinbarungen mit der Clearingstelle.

Punkt 36 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – I F (komm) – vom 09.03.2020

[1910 B](#)

Berlin bewegt sich

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 53. Sitzung vom 13.09.2019)

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

Andreas Statzkowski (CDU) interessiert der Stand der weiteren Gespräche mit den Berliner Bezirken sowie die sehr unterschiedliche Rolle der Bezirke in der Zurverfügungstellung von Grünflächen zur Umsetzung des Programms. Auffällig sei, dass die Innenstadtbezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitte in ihrer Auflistung nicht genannt würden. Wie verhalte sich insbesondere Charlottenburg-Wilmersdorf an dieser Stelle? Gebe es eine kooperative Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung? Gebe es Kontakt mit den Berliner Forsten, um möglicherweise deren Flächen in das Programm einzubeziehen?

Dr. Kristin Brinker (AfD) schließt sich den Ausführungen im Wesentlichen an. Einige Bezirke hätten entsprechende Flächen angemeldet. Sie bitte um eine Aktualisierung bezüglich der Bezirke, mit denen noch Gespräche geführt würden. Seien noch andere Bezirke dazu gekommen? Wie sei der aktuelle Stand?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen Folgebericht zum Realisierungsstand und Kostenplan zu den bereits vorgesehenen Projekten. Würden die anderen hier nicht aufgelisteten sechs Bezirke aktiv adressiert oder seien in der Zwischenzeit von diesen noch Vorschläge angemeldet worden? Welche Bezirke seien dies?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) bekundet die Absicht, dass es in allen Bezirken einen entsprechenden Park geben solle. In der Umsetzung sei es aber nicht möglich, dies gleichzeitig durchzuführen. Alle auf den gleichen Projektstand zu setzen, würde die Kapazitäten übersteigen. Im Einzelfall seien komplizierte Abstimmungsprozesse notwendig, weil die Gesundheitsbezirksamtsmitglieder sowie die für die Grünflächen zuständigen Mitarbeiter eingebunden würden; es gebe eine Koordinierung mit Grün Berlin. Diese Abstimmungsaufwand habe mit darüber entschieden, in welcher Reihenfolge die Bezirke an die Reihe gekommen seien. Am weitesten vorangeschritten seien Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg. Ein Bericht zum Anfang des nächsten Jahres im Januar erscheine sinnvoll.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) interessiert, ob es eine Muster-Verwaltungsvereinbarung gebe, oder gebe es für die einzelnen Maßnahmen signifikante Abweichungen? Er bitte gegebenenfalls um Übersendung einer solchen. Wie viele seien bereits wirksam abgeschlossen?

Andreas Statzkowski (CDU) stimmt dem vorgeschlagenen Berichtsdatum zu. Bezogen auf die von ihm angesprochenen Themen vermisse er Antworten, insbesondere die Berliner Forsten betreffend. Sei es weiterhin so, dass sich der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf weiterhin weigere, Teil dieses Programms zu werden, um Grünflächen des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf im Rahmen des Programms zur Verfügung zu stellen? Wie sei der Kenntnisstand? Wie liefen die Gespräche?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) äußert, ihm sei von einer Verweigerung nichts bekannt. Ansonsten danke für die Anregung, auch mit dem Berliner Forsten über das Programm in das Gespräch zu kommen. Es sei daran gedacht, die Parks möglichst wohnortnah auszuwählen. Dies sei nicht bei allen Flächen der Berliner Forsten der Fall.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 1910 B zur Kenntnis. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung wird gebeten, dem Hauptausschuss zur Sitzung am 20.01.2021 einen Folgebericht zu den Realisierungsständen und Kostenplänen der Projekte von „Berlin bewegt sich“ und zum Stand der Gespräche mit den einzelnen Bezirken aufzuliefern. Wurden von den Bezirken noch weitere Vorschläge zur Bereitstellung von Grünflächen angebracht? Gibt es eine Musterverwaltungsvereinbarung zur Nutzung der Grünfläche in den Bezirken? Wenn ja, wird um die Vorlage gebeten. Wie viele Verwaltungsvereinbarungen wurden bereits abgeschlossen?

Punkt 37 der Tagesordnung

Bericht Der Senat von Berlin – GPG I F 11 – vom
21.07.2020

[1230 F](#)
Haupt

**Clearingstelle für die gesundheitliche Versorgung
von nicht krankenversicherten Menschen ohne
Regelversorgung / Anonymer Krankenschein
hier: Arbeit der Clearingstelle**

gemäß Auflage B. 54 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 1230 F zur Kenntnis.

Punkt 38 der Tagesordnung

- a) Bericht SenGPG – II A 3 – vom 12.06.2020 [2624 A](#)
Dialog „Pflege 2030“ – Folgebericht
(Berichtsauftrag aus der 67. Sitzung vom 04.12.2019)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt) Haupt
- b) Bericht SenGPG – II A 3 – vom 25.08.2020 [3074](#)
Dialog „Pflege 2030“
hier: Sachstandsbericht
(Berichtsauftrag aus der 53. Sitzung vom 13.09.2019) Haupt

Vorsitzende Franziska Becker weist darauf hin, dass Abg. Statzkowski die Einreichung schriftlicher Fragen angekündigt habe.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Punkt 39 der Tagesordnung

- Schreiben SenGPG – K St BÄ – vom 15.07.2020 [2977](#)
Vertrag über die Nutzung von Messehallen für das
Corona-Behandlungszentrum und Betreibervertrag
mit der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 27.05.2020)
(mit vertraulichen Anlagen nur für den Datenraum)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt) Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der
Anlage

Vertrag.

Integration, Arbeit und Soziales – 11

Punkt 40 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – StArbSozRef – vom 15.05.2020
**Schnellstmögliche Einrichtung einer „Obdachlosen
Taskforce“ zur Eindämmung der SARS-CoV-2
Pandemie für obdachlose Menschen in der Stadt
hier: Zuständigkeitsgefüge von Senat und Bezirken**
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 22.04.2020)
(in der 75. Sitzung am 27.05.2020 dem Ausschuss
IntArbSoz m.d.B. um Stellungnahme zur Verfügung
gestellt)

[2799 A](#)
Haupt

hierzu:

Stellungnahme des Ausschusses IntArbSoz vom
13.08.2020

[2799 B](#)
Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) trägt vor, die epidemiologischen Daten sowie viele ungenutzte Behandlungskapazitäten für befürchtete Behandlungsfälle ließen den Schluss zu, dass es einer solchen Taskforce nicht bedürfe. Wann würden die Bemühungen eingestellt?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) liegt da, über das Projekt KARUNA würden Menschen über das solidarische Grundeinkommen eingesetzt. Warum würden diese Stellen über das solidarische Grundeinkommen finanziert und nicht regulär über eine Zuwendung?

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) führt aus, die Bemühungen würden nicht eingestellt. Im Moment gebe es noch ein Projekt mit der Charité, das genau untersuche, wie groß das Risiko der obdachlosen Menschen für eine Infektion sei. Zudem sei die Taskforce ein Vorhaben, welches Abgeordnete vorgeschlagen hätten und ein Ergebnis der Strategiekonferenz gegen Wohnungslosigkeit gewesen sei. Ehemals obdachlose Menschen sollten auf Menschen, die auf der Straße leben müssten, zugehen, ausgehend von der Erkenntnis, dass es dabei ein größeres Vertrauensverhältnis gebe, und sie an bestehende Regelsysteme überweisen, wo es entsprechende Beratung und Unterstützung gebe. Deshalb werde diese Taskforce mit und ohne Corona weiter bestehen bleiben. Anlässlich des Ausbruchs dieser Pandemie, wo viele Strukturen, innerhalb derer Obdachlose normalerweise Unterstützung und Hilfe fänden, heruntergefahren worden seien, habe diese Taskforce ihrer Arbeit seinerzeit sehr schnell aufgenommen und verändert bis erweitert, insbesondere um über die aktuelle Situation zu informieren und eine Beratung hinsichtlich der Pandemie vorzunehmen. Die Obdachlosenlotsen würden über das solidarische Grundeinkommen bezahlt, weil damit versucht werde, Menschen, die von der Straße kämen, eine auch berufliche Perspektive zu geben. Eine Evaluation werde noch erfolgen.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet um einen Folgebericht zur roten Nummer 2809 A zum weiteren Umgang mit den Modellprojekten. Wie sähen dort die Planungen aus? Wie sei der Stand der Konzeption der Häuser der Hilfe? In welcher Weise würden die Kompetenzen der Ligafachverbände der Wohnungslosenhilfe in die Konzeption eingebunden?

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) erklärt, einen Bericht im Dezember vorlegen zu können.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 2799 A und die Stellungnahme 2799 B zur Kenntnis. SenIAS wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 02.12.2020 einen Folgebericht zum Modellprojekt „Obdachlosen Taskforce“ und den weiteren Modellvorhaben gemäß der Darstellung in der Roten Nummer 2809 A im Bereich der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe aufzuliefern. Wie sind die jeweiligen Planungen für das Jahr 2021, wie ist der Stand der Konzeption der Häuser der Hilfen und in welcher Weise werden die Kompetenzen der LIGA Fachverbände der Wohnungslosenhilfe in die Konzeption mit eingebunden?

Punkt 41 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – I Abtl 1 – vom 09.06.2020 [2919](#)
Umsetzung der zusätzlichen Mittel bei den einzelnen Haupt
Dienstleistungsprojekten
(Berichtsauftrag aus der 53. Sitzung vom 13.09.2019)

Steffen Zillich (LINKE) erbittet einen Folgebericht, der sich auf den Teilansatz 10 – Landesprogramm Video- und Audiodolmetschen – beziehen solle und über die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur Einrichtung eines landesweiten Systems des Audio- und Videodolmetschens als qualitätsgesicherte, rechtssichere und IT-gestützte Standardlösung Auskunft geben solle. Als Berichtstermin schlage er März 2021 vor.

Andreas Statzkowski (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion schließe sich dem Berichtswunsch an, wobei es ihr insbesondere um den Aspekt Migrationslotsen und -lotsinnen und die Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie – VAK – gehe. Er bitte um Vorschläge für einen geeigneten Berichtstermin.

Carsten Ubbelohde (AfD) fragt, wie die Abstimmungen mit SenBildJugFam und der VAK hinsichtlich der Schaffung eines neuen Berufsbildes für die Integrationslotsinnen und -lotsen gelaufen seien. Er frage dies losgelöst von der Frage, ob die Institution Integrationslotsen überhaupt sinnvoll sei.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) weist darauf hin, mit der Erstellung eines Berufsbildes habe die Verwaltungsakademie nichts zu tun; sie sei adressiert, wenn es um die Verbesserung von Qualifizierungen gehe. – Generell stehe man vor der Frage, ob ein landeseigenes Berufsbild, was möglicherweise schneller ginge, oder aber ein bundesweites Berufsbild geschaffen werden sollte und sei diesbezüglich mit den Sozialpartnern in Gesprächen. Sie hoffe, dass es noch in diesem Jahr ein Gespräch mit dem Berufsbildungswerk über das entsprechende Berufsbild geben werde. – Als Berichtstermin sei der März 2021 genannt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2919 zur Kenntnis.

Punkt 42 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – II C 5 – vom 25.05.2020 [1608 C](#)
Umsetzung des Pilotprojekts „Solidarisches Haupt
Grundeinkommen“
(Berichtsauftrag aus der 53. Sitzung vom 13.09.2019)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

Carsten Ubbelohde (AfD) erklärt, offensichtlich gebe es Menschen, die sich schwer in die Gesellschaft integrieren könnten und denen kein ausreichender Wohnraum seitens des Senats zur Verfügung gestellt werde. Leider kämen Menschen in dieser Lebenssituation aus dem Ausland in der Erwartung nach Berlin, dass es ihnen hier sehr viel besser gehen werde als in

ihren Herkunftsländern. Er wolle wissen, welche Initiativen ergriffen würden, um in den Herkunftsländern Aufklärungskampagnen zu starten, dass es nicht möglich sei, die Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Beschäftigungsverhältnisse aus dem Solidarischen Grundeinkommen – SGE – könnten nicht in den ersten Arbeitsmarkt überführt werden, wodurch ein sozial belastender Umstand, der insbesondere für die Betroffenen unbefriedigend sei, entstehe. Mittels Solidarischem Grundeinkommen werde lediglich eine Pseudoperspektive, aber keine echte geschaffen. Dies sei in höchstem Maße unaufrichtig, nicht nur den Betroffenen gegenüber, sondern auch der Gesellschaft.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bezieht sich darauf, dass der Bericht aus dem Mai stamme, weshalb sie wissen wollen, wie viele der SGE-Stellen derzeit besetzt und wie viele Personen in reguläre Arbeitsverhältnisse übergegangen seien. Laut Antwort auf eine Schriftliche Anfrage seien in der Verwaltung selbst nur fünf Stellen eingerichtet worden. Als Begründung sei angeführt worden, dass es sich um komplexe Stellenbesetzungsverfahren beim Land Berlin und den Bezirken handle und man deshalb nicht schneller vorangekommen sei. Sie bitte um Auskunft, ob und in welchem Maße sich die Verwaltung selbst beteiligen wolle und wie dies beschleunigt werden solle. Seien Menschen in ein Ausbildungsverhältnis oder ein reguläres Arbeitsverhältnis in landeseigenen Unternehmen übergegangen?

Andreas Statzkowski (CDU) trägt vor, die CDU-Fraktion wünsche einen Folgebericht zu Ende Januar 2021, in dem die Auswirkungen der Coronapandemie auf das Programm, das Ergebnis der Interessensbekundung im Sommer 2020 sowie die Akzeptanz des Bundesprogramms des Bundesarbeitsministers für das Bundesland Berlin dargestellt werden sollten.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) fragt, ob Sie es richtig verstanden habe, dass ein Folgebericht zur Akzeptanz des Bundesministers zu Berlin erbeten worden sei.

Andreas Statzkowski (CDU) verneint dies. Es gebe ein Bundesprogramm des Bundesarbeitsministeriums. Dessen Akzeptanz in Berlin wolle er dargestellt wissen, weil dieses in direkter Korrelation zum Landesprogramm stehe.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) berichtet, im SGE befänden sich zu rund 20 Prozent Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte. Innerhalb des SGE gebe es kein Projekt, das eine Beratung für andere Länder vorsehe. In der Sache handle es sich um ein Modellprojekt, das es ausschließlich in Berlin gebe. Mittels dieses Projekts werde versucht, Langzeitarbeitslosen eine berufliche Perspektive zu geben. Dabei werde nicht nach Herkunft, Gesundheitszustand, Alter, Geschlecht oder Ähnlichem unterschieden, vielmehr könnten sich alle, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld 2 hätten und zwischen einem bis drei Jahren arbeitslos seien, auf die ausgeschriebenen Stellen des SGE bewerben. Anschließend finde ein normales Bewerbungsverfahren statt. – Das Bundesprogramm setze im Übrigen erst nach längerer Arbeitslosigkeit ein. – Beim SGE handle es sich um kein Projekt im Rahmen von Integration oder Partizipation, sondern um eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme.

Aktuelle Zahlen könne sie mit Stand 31. August berichten. Zu dem Zeitpunkt seien 661 Arbeitsverträge abgeschlossen gewesen, am 31. Mai seien es 338 und am 29. Februar 146 gewesen. Wie bei neuen Maßnahmen üblich, habe es anfangs etwas gedauert, bis das Programm ins Laufen gekommen sei, dann habe die Pandemie eingesetzt, was zu Verzögerungen geführt habe. Grund dafür sei der Umstand, dass die Stellen über die Jobcenter liefen. Die Jobcenter

sprächen aus ihrer Sicht geeignete Kandidaten für eine ausgeschriebene Stelle an. Da in den Jobcentern zu Beginn der Pandemie das Hauptaugenmerk darauf gelegen habe, möglichst alle Leistungen auszuführen, sei es zu Verzögerungen bei der Vermittlung gekommen. – Sie gehe davon aus, dass die 1 000 Stellen bis Ende des Jahres besetzt seien. Ihres Wissens seien zwei Personen in feste Stellen übergegangen. In der Verwaltung seien bisher fünf Stellen besetzt worden, weitere Stellen werde es geben.

Für die Anmeldung von Stellen für das SGE habe das Windhundverfahren gegolten. Zunächst sei das Computersystem zusammengebrochen, weil es so viele Bewerbungen gegeben habe. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Verwaltung hätten dann jeweils einzeln geprüft, ob die angemeldete Stelle aus dem SGE bewilligt werden könne. Die bewilligten Stellen seien dann an die Jobcenter gemeldet worden. – Sie könne nicht nachvollziehen, was an diesem Verfahren kompliziert gewesen sein solle.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) schlussfolgert, dass die Verwaltung selbst ihre Stellen erst später eingestellt habe, da bislang lediglich fünf besetzt seien und – wie eben gehört – das Windhundprinzip gegolten habe. Der Begriff „komplexe Situation“ stamme aus der Antwort des Senats auf eine Schriftliche Anfrage, warum die Verwaltung selbst nicht schneller handle.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) verdeutlicht, mit dem Windhundverfahren seien die eingegangenen Stellen geprüft und bewilligt worden. Dies bedeute im Umkehrschluss aber nicht, dass die zuerst bewilligte Stelle auch als erste besetzt werde. Womöglich werde die siebte Stelle zuerst besetzt, weil sich dafür zuerst eine geeignete Person habe finden lassen.

Jan Rauchfuß (SenIAS) ergänzt, das Windhundverfahren beziehe sich auf das im letzten Jahr durchgeführte Interessenbekundungsverfahren. Es habe rund 1 800 Stellenangebote gegeben, von denen knapp 1 700 zur Besetzung freigegeben worden seien. Dieser Prüfprozess sei im April 2020 beendet gewesen. Das Windhundverfahren sei aus beihilferechtlichen Gründen gewählt worden. Es habe nichts mit dem Aspekt Stellenbesetzung zu tun.

Von den freigegebenen Stellen seien lediglich knapp 15 Prozent in der Verwaltung angesiedelt, weiter e15 Prozent in kommunalen Unternehmen und 70 Prozent bei freien Trägern. Die Verwaltungsstellen seien im Interessenbekundungsverfahren relativ spät gemeldet worden, weshalb ein hoher Anteil von ihnen erst im April 2020 freigegeben worden sei. Zudem seien Stellenbesetzungsverfahren in der öffentlichen Verwaltung voraussetzungsvoller als bei freien Trägern. SenBildJugFam und die Bezirke hätten rückgemeldet, man befinde sich mitten im Besetzungsverfahren. Somit sei absehbar, dass sich die Zahl der in der Verwaltung besetzten Stellen erhöhen werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1608 C zur Kenntnis.

Punkt 43 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – III A 1.7 – vom 03.04.2020
Abräumung von Grundstücken
(Berichtsauftrag aus der 64. Sitzung vom 15.11.2019)
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[2570 A](#)
Haupt

Protokollierung siehe gesondertes Wortprotokoll.

Punkt 44 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II ST 2 / II ST
22 – vom 21.08.2020
**Anmietung von durch die kommunalen
Wohnungsbaugesellschaften zu errichtenden
modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF)**
Zustimmung zu einem Mietvertragsabschluss
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3054](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3054 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 45 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II ST 2 / II ST
22 – vom 31.08.2020
**Anmietung von durch die kommunalen
Wohnungsbaugesellschaften zu errichtenden
modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF)**
**hier: Zustimmung zu dem Mietvertragsabschluss für
das MUF**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3093](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3093 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 46 der Tagesordnung

Zwischenbericht SenIAS – III A 4 – vom 25.06.2020

**Unterbringung obdachloser und geflüchteter
Menschen**

gemäß Auflage B. 78 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[1330 C](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Zwischenbericht rote Nr. 1330 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 47 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – III E 1.1 – vom 29.05.2020

**Stand der Verhandlungen mit der LIGA der
Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in
Berlin in Bezug auf neue Angebotsbereiche im
„Integrierten Sozialprogramm (ISP)“**

(Berichtsauftrag aus der 53. Sitzung vom 13.09.2019)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[2915](#)

Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) erbittet einen Bericht, in dem der Zusammenhang zwischen den bezirklichen Stadtteilzentren und dem Stadtteilzentrenvertrag dargestellt werden solle. Dabei solle insbesondere darauf eingegangen werden, was dagegen gesprochen habe, den Aspekt gesamtstädtische Steuerung in den Vertrag aufzunehmen. Welche der neuen Stadtteilzentren seien bisher aus bezirklichen Mitteln finanziert worden? Zudem erbitte er eine Übersicht über die bezirklich finanzierten Stadtteilzentren.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) sagt zu, dass der erbetene Bericht bis zum 31. Dezember 2020 erstellt werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2915 zur Kenntnis.

Stadtentwicklung und Wohnen – 12

Punkt 48 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	2678
Drucksache 18/2333	Haupt
Geschäfte der DIESE e.G. und der beteiligten	StadtWohn
Bezirke auf den Prüfstand stellen –	
Schadensbegrenzung jetzt!	
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am	
09.09.2020 zurückgestellt)	

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 03.06.2020 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2020“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen AfD bei Enthaltung CDU und FDP).

hierzu:

- | | |
|---|------------------------|
| a) Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der AfD-Fraktion | 2678 A |
| Drucksache 18/2333-1 | Haupt |
| | StadtWohn |
| b) Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der AfD-Fraktion | 2678 B |
| Drucksache 18/2333-2 | Haupt |
| (in der 76. Sitzung am 12.08.2020 vertagt) | StadtWohn |

Vertagt – siehe auch „Mitteilung zur Einladung“.

Punkt 49 der Tagesordnung

- | | |
|--|------------------------|
| a) Fragen der AfD-Fraktion vom 13.03.2020 betr. | 2679 D |
| Diese eG | Haupt |
| b) Vertraulicher Bericht SenStadtWohn – IV A 24 – vom 18.05.2020 | 2679 E |
| Förderung der DIESE eG | Haupt |
| (Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 11.03.2020) | Vertrauliche |
| | Beratung |

- c) Bericht BA Friedrichshain-Kreuzberg – Dez [2679 F](#)
BauPlanFM – vom 03.07.2020 Haupt
**Beantwortung des ergänzenden Berichtsauftrags zu
bezirklichen Vorkaufsrechten zugunsten der
Diese eG**
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 11.03.2020)
(a) bis c) in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung
am 09.09.2020 zurückgestellt)

Vertagt – siehe auch „Mitteilung zur Einladung“.

Punkt 50 der Tagesordnung

- a) Weitere Fragen der Fraktion der CDU vom 21.02.2020 [2628 B](#)
zum **Bebauungsplan 2-36** Haupt
- b) Ergänzende Fragen der Fraktion der CDU zum [2628 C](#)
Bebauungsplan 2-36 Haupt
- c) Bericht SenStadtWohn – II C 17 – vom 07.03.2020 [2628 D](#)
Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU Haupt
zum Bebauungsplan 2-36
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020)
- d) Bericht BA Friedrichshain-Kreuzberg – [2628 E](#)
Dez BauPlanFM – vom 14.05.2020 Haupt
Beantwortung der ergänzenden Fragen der CDU-
Fraktion und Sachstandsbericht zum
Bebauungsplan 2-36
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020)
- e) Fragen der Fraktion der CDU zum [2628 F](#)
Bebauungsplan 2-36 Haupt
- f) Bericht SenStadtWohn – II C 3 – vom 09.07.2020 [2628 G](#)
Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU Haupt
und Sachstandsbericht zum Bebauungsplan 2-36
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 27.05.2020)

- g) Bericht SenStadtWohn – II C 3 – vom 27.07.2020 [2628 H](#)
Ergebnisse der Gespräche im Rahmen des
Interessensbekundungsverfahrens der Stiftung
Abendrot mit einem Projektentwickler / einer
landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft zur
Zukunft des Eckwerks
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020)
(a) bis g) in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung
am 09.09.2020 zurückgestellt) Haupt

Vertagt – siehe auch „Mitteilung zur Einladung“.

Punkt 51 der Tagesordnung

- a) Bericht SenStadtWohn – II A 11 – vom 18.03.2020 [0354 D](#)
Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und
Regierungsviertel – Bericht 2020
gemäß Auflage B. 84 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 Haupt
- b) Bericht SenStadtWohn – II A 22 – vom 10.06.2020 [0354 E](#)
B-Plan 1-69 „Luisenblock Ost“
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
SPD
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 22.04.2020)
(a) und b) in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung
am 09.09.2020 zurückgestellt) Haupt

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski weist darauf hin, dass im Vorfeld vereinbart worden sei, den Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln.

Torsten Schneider (SPD) heißt im Namen der SPD-Fraktion Frau Staatssekretärin Wenke Christoph im Ausschuss herzlich willkommen.

Christian Goiny (CDU) schließt sich im Namen der CDU-Fraktion dem herzlichen Willkommen an.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0354 D und 0354 E ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 52 der Tagesordnung

- a) Bericht SenStadtWohn – II B 12 – vom 11.05.2020 [1391 M](#)
Flughafenareal Tempelhof
hier: Kosten Umbau AlliiertenMuseum
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020) Haupt
- b) Bericht SenStadtWohn – II B – vom 30.06.2020 [1391 O](#)
Fortschrittsbericht Flughafenareal Tempelhof
(Planung und Entwicklungen) und Hangarnutzung
gemäß Auflage B. 86 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 und Berichtsauftrag aus der
66. Sitzung vom 29.11.2019 Haupt
- c) Bericht SenStadtWohn – II B – vom 29.07.2020 [1391 P](#)
Zuwendungen an die Tempelhof Projekt GmbH für
Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen auf dem
Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof aus
dem SIWA IV
(unaufgefordert vorgelegt) Haupt
(a) bis c) in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung
am 09.09.2020 zurückgestellt)

Vertagt zur 2. Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020/2021.

Punkt 53 der Tagesordnung

- Bericht SenStadtWohn – II C Jur 1 – vom 01.07.2020 [2599 D](#)
Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange
der Kreativwirtschaft, Clubkultur und Kultur im
Rahmen der stadträumlichen Entwicklung
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 26.02.2020)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt) Haupt

Vertagt zur Sitzung am 2. Dezember 2020.

Punkt 54 der Tagesordnung

Schreiben Senat von Berlin – StadtWohn IV A 14 –
vom 03.08.2020

[0425 G](#)
Haupt

1. Schaffung von Wohnraum – Bericht 2020
2. Zustimmung zur zukünftigen Berichterstattung
i. V. m. dem Bericht „Leistbare Mieten,
Wohnungsbau und soziale Wohnraumversorgung“
gemäß Auflage A. 19 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

Sibylle Meister (FDP) verweist auf die in dem Schreiben dargestellte Tabelle 5, in der entweder eine Spalte fehle oder die Zahlen fehlerhaft dargestellt seien, weil sie sich lediglich zu 6 190 Wohnungen summierten und nicht, wie angegeben, auf 7 500. Sie bitte um Klärung.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, seine Fraktion habe zu dem Schreiben noch einige Nachfragen, die er bitte, schriftlich beim Ausschussbüro einreichen zu dürfen. Die Fragen sollten dann mittels Folgebericht bis nach den Herbstferien beantwortet werden.

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn) sagt zu, dass sowohl die Tabelle 5 korrigiert als auch der Folgebericht geliefert würden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0425 G wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 55 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 18/2788

[2957](#)
Haupt
StadtWohn

Bericht zur Umsetzung der
Kooperationsvereinbarung „Leistbare Mieten,
Wohnungsneubau und soziale
Wohnraumversorgung“ über das Jahr 2019
(Überweisung gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski stellt fest, dass die Besprechung der Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 18/2788 abgeschlossen sei.

Punkt 56 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/2327

Wohnraumversorgung Berlin AöR abwickeln

[2674](#)

Haupt

StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 19.08.2020 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP).

Dr. Kristin Brinker (AfD) bekundet, es sei bemerkenswert, dass die FDP-Fraktion den Antrag der AfD-Fraktion vom 26. Oktober 2018 – Drucksache 18/1417 – übernommen habe und nunmehr ebenfalls die Wohnraumversorgung abschaffen wolle.

Torsten Schneider (SPD) erinnert daran, dass es sich bei der Einrichtung der Wohnraumversorgung um ein Verhandlungsergebnis mit den Vorhabenträgern eines Volksentscheides handele. Aus seiner Sicht sei die Haltung von AfD- und FDP-Fraktion gegenüber der direkten Demokratie ein wenig respektlos.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 18/2327 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen abgelehnt werden.

Punkt 57 der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – V A 13 – vom 19.08.2020

**Deutsche Oper Berlin, Sanierung Orchestergraben
mit Orchesterhubpodien und Erneuerung**

Lastenaufzug

1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre

**2. Kenntnisnahme von außerplanmäßigen Ausgaben
und außerplanmäßigen Verpflichtungs-
ermächtigungen bei Kapitel 1250, MG 08, Titel
71434**

3. Kenntnisnahme des Berichts

gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 1, A. 8 und A. 17
– Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

[3085](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3085 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 58 der Tagesordnung

Bericht SenStadtWohn – V B 7 – vom 29.07.2020 [2830 A](#)
Beuth-Hochschule, Neubau eines Laborgebäudes am Haupt
Campus Mitte, WAL (Wedding Advanced
Laboratories)
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2830 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 59 der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – V C 16 – vom 31.08.2020 [3094](#)
Modellvorhaben zur Beschleunigung von Haupt
Schulneubauten (MOBS)
hier: Bezirk Spandau, 05Gn01, Neubau einer
inklusive Grundschule („Geistige Entwicklung“)
und Neubau einer Sporthalle, 13587, Goltz-/
Mertensstr.
Aufhebung einer qualifizierten Sperre und
Kenntnisnahme des Berichts über das Prüfergebnis
der EVU
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 17 –
Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3094 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 60 der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – V D 2 – vom 01.09.2020 [3097](#)
Neubau Rettungswache und Freiwilligen Feuerwehr Haupt
Altglienicke
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 17 –
Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3097 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 61 der Tagesordnung

Bericht SenStadtWohn – V AbtL – vom 20.07.2020

**Modulare Gebäude zur Unterbringung von
Asylbegehrenden**

2. Quartalsbericht 2020

(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung
der 17. WP vom 02.12.2015 und aus der 7. Sitzung vom
26.04.2017 und Berichtsauftrag aus der 42. Sitzung vom
16.01.2019)

(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

[0128 AG](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0128 AG ohne Aussprache zur Kenntnis.

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 62 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/2294

**Gewerbetreibende vor fremdverschuldetem Ruin
schützen!**

[2606](#)

Haupt

StadtWohn

WiEnBe(f)

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WiEnBe vom 31.08.2020 vor,
den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „1. Januar 2021“ abzulehnen (mehr-
heitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und AfD bei Enthaltung FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion
der CDU – Drucksache 18/2294 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Betriebe abgelehnt werden.

Punkt 63 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/2523

**Mitarbeiterbeteiligung bei Berliner Unternehmen
ermöglichen**

(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[2746](#)

Haupt

WiEnBe

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WiEnBe vom 17.08.2020 vor,
den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. November 2020“ abzulehnen
(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und FDP bei Enthaltung
AfD).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 18/2523 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses Wirtschaft, Energie, Betriebe abgelehnt werden.

Punkt 64 der Tagesordnung

Bericht SenWiEnBe – II A 2 / III B 2 – vom 07.07.2020 [2990](#)
Umfang des regionalen Bruttoinlandsprodukts von Haupt
Berlin und speziell der Anteil vom Bereich Kultur
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2990 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 65 der Tagesordnung

Bericht SenWiEnBe – II B 33 – vom 08.06.2020 [1370 F](#)
Verwendung der Zuschüsse für besondere Haupt
touristische Projekte
gemäß Auflage A. 20 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 76. Sitzung am 12.08.2020 von der Konsensliste
genommen und in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur
Sitzung am 09.09.2020 zurückgestellt)

Vertagt zur Sitzung am 23. September 2020.

Punkt 66 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.